Nr. 182. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 6. August 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Dichtung und Wahrheit.

Der Tod des Fürsten Bismarck hat das Gute gehabt, daß er den ungeheuren Unterschied offenbarte, der im Deutschen Reiche zwischen der nationalen Phrase und der Wirklichkeit besteht — den Unterschied zwischen dem Bild der Reichsherrlichkeit, wie es sich in den Köpfen unserer Reichsschwärmer darstellt, und dem Bild, das der Blick in die uns umgebenden Verhältnisse darbietet. Es sind zwei Bilder, die den allgemeinen Umrissen und den besonderen Einzelheiten nach garnichts mit einander gemein haben als eine Anzahl gleichlautender, jedoch nach dem Standpunkt der Sprecher Verschiedenes, ja Entgegengesetztes bedeutender Züge.

In den Nachrufen an den Fürsten Bismarck, die uns noch in die Ohren gellen, und die in den Köpfen derer, die sie anhörten, ein wüstes Chaos hervorgebracht haben müssen, wird uns — und das war das Leitmotiv fast aller Nachrufe mit Ausnahme der sozialdemokratischen — wird uns als geschichtliche und von der Welt anerkannte Thatsache, als Thatsache, so unbestreitbar wie die Sonne am Firmament, vorgeredet, daß das jetzt bestehende Deutsche Reich das geeinte und große Deutschland sei, welches die Vaterlandsliebe der besten Deutschen aller Jahrhunderte ersehnt, aber nicht zu erreichen vermocht habe, weil ein ungünstiges Geschick und der Unverstand der Menge das nationale Werk nicht habe gelingen lassen, bis endlich der von der Vorsehung gesandte Mann Bismarck kam, der mit seiner Uebermenschlichkeit und Wunderkraft das übermenschliche Wunderwerk vollbrachte, und das Ideal der besten deutschen Dichter, Denker und Patrioten erfüllte.

Das Ideal ist erfüllt durch Fürst Bismarck.

Dies die Dichtung.

Und die Wirklichkeit?

Ein klassenderer Widerspruch, ein grellerer Kontrast läßt sich nicht denken. Unter den deutschen Dichtern, Denkern und Patrioten, die das nationale Ideal gehegt und es in die Seele des Volkes eingepflanzt haben, ist auch nicht ein einziger, der das gewollt hätte, was jetzt ist — oder im Geiste ähnliches. Die Hutten, die Möser, die Schiller, die ersten Burschenschafter, die Männer der Märzrevolution — auch nicht einer von ihnen dachte an einen Junkerstaat, an einen Polizeistaat. Keiner von ihnen, der den Gedanken des Junker- und Polizeistaats nicht mit Abscheu von sich gewiesen hätte. Und den Junker- und Polizeistaat haben wir jetzt.

„Aber — wird man einwenden — der innere Ausbau ist noch nicht vollendet, wir haben wenigstens die nationale Einheit."

Nun, in den meisten Nachrufen an Bismarck finden wir das nicht. Da heißt es, auch der innere Ausbau des Reichs sei vollendet, und auch er sei das Werk Bismarck's. Indeß lassen wir das und beschränken wir uns auf die nationale Einheit.

Haben wir sie?

Unter nationaler Einheit ist zu verstehen organische Einheit der Nation.

Die Engländer, die Franzosen sind organisch geeinte Nationen, und zwar geeinigt in einem langen geschichtlichen Entwickelungsprozeß durch die sich ihrer Interessen bewußt gewordene Nation. Außerhalb des englischen und französischen Nationalorganismus giebt es, von Kolonien (Vereinigte Staaten, Kanada 2c.) abgesehen, keine nicht zum Nationalorganismus gehörigen irgend ins Gewicht fallenden nationalen Gruppen und Stämme.

Anders mit Deutschland.

Der Vergleich einer Landkarte des neuen Deutschen Reiches mit einer Landkarte des alten Deutschen Bundes zeigt, daß die ganze südöstliche Ecke fehlt, — so ziemlich ein Viertel des Bundestag-Deutschland. Das kann man doch nicht „deutsche Einheit" nennen! Da war im Sinne der „nationalen Einheit" der Deutsche Bund unzweifelhaft eine bessere Erfüllung des „Ideals" als das Bismarck'sche Deutsche Reich.

Und wie ist es mit der organischen Einheit bestellt? Wir brauchen blos an den Lippe'schen Streit und die überall in den Einzelstaaten sich geltend machenden „partikularistischen" Strömungen zu erinnern, und die „organische Einheit" erscheint als ein Phantom. Hat nicht Preußen selbst, welches die Vormacht bildet im Deutschen Reich, voriges Jahr den partikularistischen Keil des Recke'schen Knebelgesetzes in die Reichseinheit zu treiben gesucht?

Gewiß — wir haben die Einheit des Militärs und der Polizei — allein das ist keine organische, das ist mechanische Einheit, und diese hatten wir schon unter dem Deutschen Bund, dessen einheitliche Heeresverfassung in den Karlsbader Beschlüssen und der Mainzer Zentral-Untersuchungskommission ihre polizeilich untadelhafte Ergänzung hatte. Darüber sind wir auch heute nicht hinausgekommen.

Die Wahrheit ist: wir haben die nationale Einheit nicht. Das, was Fürst Bismarck „geschaffen" hat, um einmal den durchaus unwissenschaftlichen Ausdruck zu gebrauchen — das Deutsche Reich, wie es auf den Schlachtfeldern von 1866 und 1870/71 zurechtgezimmert ward, ist nur ein vergrößertes Preußen, und zwar ein nicht durch die Aktion des Volkes und die Bethätigung demokratischer Kräfte von unten herauf, sondern durch die Aktion reaktionärer Elemente von den preußischen Junkern und Militärs, mit Benutzung dynastischer Interessen von oben herunter vergrößertes Preußen. Das ist eine Thatsache, an welcher die während und nach der Arbeit reichlich benutzten nationalen Phrasen aus dem alten Inventar patriotischer Einheits-Bestrebungen nichts ändern können. Und diese Thatsache müssen wir begreifen und in ihren Konsequenzen erfassen, wenn anders wir uns nicht in einer Phantasie-Welt von Täuschungen bewegen wollen — in einem „Narrenparadies", wie die Engländer es nennen, in dem wir von Täuschung zu Täuschung hintaumeln, und uns jeden Moment den Schädel an den harten Kanten des Wirklichen wundstoßen.

Der deutsche Einheitsstaat, den Fürst Bismarck angeblich geschaffen haben soll, ist heute noch ein frommer Wunsch; die Erfüllung liegt noch im Schooße der Zukunft, und ob die Erfüllung überhaupt noch möglich ist, ob es für Deutschland noch ein Stadium des nationalen Einheitsstaates giebt, ist die Frage. Die Auflösung der kapitalistischen Welt bringt neue Staatsprobleme und Staatsideale.

Jedenfalls ist es eine durchaus falsche Voraussetzung, die organische Einheit eines Volkes könne mechanisch — „mit Blut und Eisen" oder, wie das römische Original besser und korrekter sagt: mit Feuer und Schwert — gemacht werden. Sie läßt sich nur durch ein lebendiges Zusammenarbeiten der Volkskräfte bewirken — und nimmermehr durch ein Abschneiden widerspenstiger Glieder (Deutsch-Oesterreichs), denn das ist die Verneinung des Einheitsgedankens. Es ist wahr: das deutsche Bürgerthum hat den nationalen Einheitsstaat nicht zu gründen vermocht, allein, damit ist doch nicht gesagt, daß, nach dem Mißlingen der Einheit von unten, nun die Einheit von oben möglich geworden sei. Nur unter einer Voraussetzung wäre dies der Fall gewesen: wenn die beiden Regierungen, deren Zwiespalt das Haupthinderniß der deutschen staatlichen Einheit war, — wenn Oesterreich und Preußen sich verständigt hätten — dann hätten wir ein einheitliches, wenn auch natürlich kein freies Deutschland bekommen können. Allein diese Verständigung ist nicht erfolgt, konnte nicht erfolgen, und da auch keiner der beiden Staaten den anderen vernichten konnte, so mußte die einseitige und unvollständige Lösung kommen, wie Fürst Bismarck sie durchgesetzt hat. Aber so wenig eine unvollständige Einheit eine Einheit ist, kann eine unvollständige Lösung der Einheitsfrage als Lösung gelten.

Kein Zweifel, was mit mechanischen Mitteln zu thun war, das hat Fürst Bismarck gethan. Alle Listen der Diplomatie, alle Gewaltkünste des Condottiere sind von ihm geübt worden und glänzender Erfolg hat ihm gelächelt. Er hat Dr. Eisenbarth beschämt durch die virtuose Kunst, mit der er 1866 12 Millionen Deutsche von Deutschland abschnitt, um Deutschland „einig" zu machen — er hat mit Russen, Franzosen, Italienern, Ungarn sich verschworen für die „deutsche Einheit" — er hat einen kernkonservativen König zu den revolutionärsten Handlungen veranlaßt, — er hat mit Hoch- und Landesverrath gespielt wie mit Billardkugeln, und bis zum Jahre 1871 hat er alle seine diplomatischen Gegner über den Löffel barbiert. Das sind Leistungen, die den verwöhntesten Diplomaten mit Bewunderung erfüllen können — es sind aber keine Leistungen, die einem großen Volk, wie dem deutschen, die nationale Einheit verleihen. Und wie unsicher das alles war! Von der Balancierstange des Seiltänzers abhängig. Ein Fehltritt — und die Katastrophe war da. Die Gefahr in Permanenz — die Kriegsfurcht und Kriegsbereitschaft in Permanenz.

Einen Moment konnte der Schein täuschen. Das Deutsche Reich schien ein wohlgeordneter Garten mit Blumenbeeten, Sträuchern und Bäumen. Allein die Schönheit verging bald — die Blumen, Sträucher, Bäume wollten nicht gedeihen — sie waren frisch eingesetzt, ohne Wurzelfasern, willkürlich aus ihrem Boden gerissen.

Es war und es ist mechanische Einheit.

Mit diplomatischen Listen und Condottiere-Gewaltkünsten kann man Reiche zerstören, nicht Reiche gründen. Das kann einzig die organische, schöpferische Kraft des Volkes, das in dem Bismarck'schen Reich nicht die Erfüllung seines Ideals sieht, und das unter dem belebenden Einfluß des internationalen Sozialismus, unter fortwährendem Kampf gegen die reaktionären Träger der mechanischen Gewalt, politische und soziale Neubildungen anbahnt, die das nationale Ideal zugleich mit dem internationalen verwirklichen.

In den Kabinetten der Diplomatie und Staatsmänner-Zunft wird die Weltgeschichte nicht gemacht — höchstens verpfuscht. Am Webstuhl der Zeit webt das Volk. Und die Vorkämpferin und Vorarbeiterin des Volkes, das heißt der Massen, ist heutzutage in allen Kulturländern die Sozialdemokratie.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. August.

Fürst Bismarck wurde bei Lebzeiten und auch nach seinem Tode von niemandem mehr gefeiert als von den Großindustriellen. Wir begreifen das und haben dagegen nichts einzuwenden, wir haben nur stets dagegen protestirt, daß man von uns fordert, den Vorkämpfer des großen Kapitals als nationalen Heros zu preisen. Wie gut die Großindustrie weiß, warum sie sich für den Fürsten Bismarck begeistert, geht klärlich aus dem Nachrufe hervor, den die „Wochenberichte, Handelsblatt der Leipziger Monatsschrift für Textil-Industrie", dem verstorbenen Staatsmanne widmen. In demselben findet sich der folgende Satz:

Und daß er die deutsche Einheit auch durch die gemeinsamen materiellen Interessen zusammengeschweißt, daran soll in unserer Fachzeitung auch heute erinnert werden. Verdankt doch gerade die deutsche Textilindustrie der durch das von dem großen Todten einst ausgegebene Losungswort:

„Schutz der nationalen Arbeit"

gekennzeichneten Wendung im deutschen Wirthschaftsleben ihren unvergleichlichen Aufschwung! —

Fürst Bismarck und der Arbeiterschutz. In den „Hamb. Nachr." findet sich folgendes über diese Frage:

„Fürst Bismarck war nicht Gegner des Arbeiterschutzes, sondern nur eines zu weit gehenden Schutzes. . . . Allerdings für die Sonntagsruhe, für den Maximal-Arbeitstag, für Arbeiterausschüsse und andere, erst der Sozialpolitik der neunziger Jahre vorbehalten gewesene Einrichtungen war er nicht zu haben, einmal weil er dann eine Beschränkung der Arbeitsfreiheit des Individuums sah, und sodann weil er überzeugt war, daß wenn auf irgend etwas, so auf die moderne Betriebsleitung das Wort „Nicht gut ist Vielherrschaft, einer soll Herr sein" paßt. Fürst Bismarck hatte eine ganz richtige Auffassung vom Leben. Ist der Betriebsunternehmer nach außen für seinen Betrieb voll verantwortlich, so muß er auch das Recht haben, frei darüber zu disponiren. Die Arbeiter tragen nach außen keine Verantwortung, sie haben deshalb auch kein Recht auf Verfügung von den Betriee in seinen Einrichtungen. Von der sittlichen Größe des Verstorbenen legt dieses Moment um so besser Zeugniß ab, als er sich mit seiner Anschauung gegen machtvolle Angriffe anstemmen mußte. Er hatte aber noch vor seinem Tode die Genugthuung, daß weite Kreise, die sich eine Zeit lang zu der „modernen" Auffassung bekannt hatten, sich der seinigen wieder zuwandten."

Die letzte Bosheit ist ganz vortrefflich gelungen. Im übrigen bestätigen die „Hamb. Nachr." blos das, was wir über Bismarck's Fabrikanten-Schutzpolitik immer sagten. —

Der Reichstag und Bismarck's Tod. Der frühere Vizepräsident des Reichstags, Abg. Spahn, in Begleitung des Abg. Bachem und des Rechnungsraths Jungheim, als Vertreters des Bureaus des Reichstags, überbrachten gestern im Namen des Reichstags einen großen Kranz nach Friedrichsruh. Sie wurden vom Fürsten Herbert, dem Grafen Wilhelm und der Gräfin Rantzau empfangen und in das Sterbezimmer geführt, wo sie am Sarge den Kranz niederlegten und der Familie ihre Theilnahme bezeugten. Fürst Herbert gab in seinem und der Familie Namen den Gefühlen des Dankes für die Antheilnahme des Reichstages warmen Ausdruck. Die Schleife des Kranzes trug die Inschrift: „Dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches der Deutsche Reichstag". —

Der Kampf gegen die Sozialdemokraten in den Kriegervereinen wird jetzt systematisch betrieben, wie aus dem folgenden Aktenstück ersichtlich ist.

Der Regierungs-Präsident.

Frankfurt a. O., den 14. Juli 1898.

Nach dem Ausfalle der letzten Reichstagswahlen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in vielen Fällen auch Mitglieder von Kriegervereinen ihre Stimme den Sozialdemokraten gegeben und sich somit in allerschroffsten Gegensatz zu der Zweckbestimmung der Kriegervereine gesetzt haben.

Gegen dieses Verhalten muß mit aller Strenge vorgegangen werden.

Ich ersuche daher durch geeignete sorgfältige Nachforschungen festzustellen, bei welchen Kriegervereinen sich die obige Voraussetzung bestätigen sollte. Zutreffenden Falls ist dem Verein die sofortige Ausstoßung der Mitglieder aufzugeben, welche für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben.

Sollte ein Kriegerverein sich diesem Verlangen widersetzen, so ist die Entziehung des Rechtes zur Fahnenführung und die Auflösung des Vereins herbeizuführen.

Einer eingehenden Aeußerung über das Veranlaßte und den Erfolg der ergriffenen Maßnahmen sehe ich binnen 3 Monaten entgegen.

gez. von Puttkamer.

An
die Herren Landräthe und Ersten-
bezw. Oberbürgermeister des Bezirks.

Wie die Herren nur herausbekommen wollen, welche Mitglieder sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben haben? Im Zeitalter der Daumschrauben und der spanischen Inquisition war solche Gesinnungsschnüffelei leichter. —

Die Aera Posadowsky wird als sozialpolitisch unfähig selbst in der von Böhmert redigirten „Sozial-Korrespondenz" bezeichnet, sie beginnt eine Betrachtung über die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik mit folgenden Sätzen:

Die geringen Erfolge der Reichskommission für Arbeiterstatistik beweisen, wie außerordentlich langsam es mit der Sozialpolitik in Deutschland seit einigen Jahren vorwärts geht. Der genannten Kommission fehlt es keineswegs an Sachkenntniß und Hingabe an ihre wichtige Aufgabe, aber es fehlt ihr ganz augenscheinlich das nothwendige Entgegenkommen der Reichsregierung und des Bundesrathes. Der ersteren steht das Recht zur Zusammenberufung der Kommission zu, und sie hat von diesem Recht einen sehr bescheidenen Gebrauch gemacht. —

Ueber die Streikstatistik des Bundesraths schreibt die „Sozialkorrespondenz":

„Einen werthvollen Einblick in wichtige soziale Zustände verspricht die vom Bundesrath beschlossene Streikstatistik, wenn diese nicht von rein bureaukratischen Anschauungen aus, sondern mit sozialpolitischen Erwägungen und mit den nothwendigen Vorkenntnissen in das Werk gesetzt wird. Die Streikstatistik des Bundesraths wird nur dann billigen sozialpolitischen Anforderungen genügen, wenn sie sich keineswegs darauf beschränkt, nur Zahlen zu ermitteln, sondern auch, unter Wahrung strengster Unparteilichkeit, den Ursachen der Arbeitseinstellungen nachgeht. Ganz selbstverständlich ist es, daß der Bundes-

rath, wenn er ein den thatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild erhalten will, in der Wahl seiner Auskunftspersonen über Streiks vorsichtig sein muß. Die unteren Verwaltungs- und ähnliche Behörden mit ihren Organen sind denn doch nur in sehr bedingter Weise als die geeigneten Auskunftsstellen für eine derartige Sozialstatistik zu betrachten. Will der Bundesrath mit seinen Ermittelungen Vertrauen erwecken, so hat er sich auf der Höhe der Technik der heutigen sozialstatistischen Forschungen zu halten und mindestens zu veranlassen, daß von unparteiischen und sozialpolitisch geschulten Personen vorurtheilslos die Verhältnisse geprüft und vor allem beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ebenso geeignete Vertrauensleute derselben vernommen werden."

Vielleicht werden Unternehmer befragt, die Befragung von Arbeitern erschien dem Grafen Posadowsky als Luxus. —

Nach dem Grundsatz, wer Rechte hat, hat auch Pflichten, so schreibt die „Allgemeine Fleischer-Zeitung", müßte unsere Landwirthschaft, die immer weitere Maßregeln gegen die Einfuhr ausländischen Viehes verlangt, auch im stande sein, den vorhandenen Bedarf an Schlachtthieren zu decken. Dies ist aber durchaus nicht der Fall und wird auch von jener Seite nicht bestritten. Optimistische Züchter geben sich der Hoffnung hin, vielleicht in vier bis fünf Jahren soweit zu sein, aber auch das ist noch sehr zu bezweifeln. Die Züchter haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen ja gar nicht nöthig, mit der ausländischen Konkurrenz einen Wettkampf aufzunehmen, und natürlich tritt auf den Gebieten, die keine Konkurrenz zu befürchten brauchen, eine Erschlaffung der Kräfte ein. Das bewies so recht wieder auch die letzte Dresdener Ausstellung. Die bisher bevorzugten Meißener Schweine zeigten auch in ihrer Mehrheit auffällig weiße Rüssel, ein untrügliches Zeichen mangelhafter Blutbildung. Naturgemäß liefern Thiere solcher Beschaffenheit ein blasses Fleisch, eine Folge unzweckmäßiger Fütterung. Wie wir bereits früher ausgeführt, müßte ein Gesetz erlassen werden, das die Verwendung gewisser Futtersorten zu Schlachtthiermästungen verbietet. Das Fleischergewerk sollte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf Einführung eines solchen Gesetzes dringen, damit den Meistern, ohne gegen das Verbot des Färbens zu verstoßen, die Herstellung einer dauerhaften, ansehnlichen, allen Bedürfnissen und Anforderungen des Publikums entsprechenden Waare möglich ist. Die jetzige Fleischnoth, die in Berlin, Hamburg, Köln, Nürnberg, Tilsit 2c. die Fleischermeister bereits, sehr gegen ihren Willen, zu einer Erhöhung ihrer Verkaufspreise zwingt, bedeutet gleichzeitig ein Fiasko der deutschen Landwirthschaft. Unter dieser Leistungsunfähigkeit unserer Landwirthschaft darf aber die Bevölkerung Deutschlands nicht länger leiden. Nur wenn unsere Landwirthe in der Lage sein sollten, die Fleischbedürfnisse Deutschlands voll zu befriedigen, dann erst mag man dem ausländischen Vieh den Zuzug verwehren. Gegenwärtig aber, in dieser Zeit der schwer auf der Bevölkerung und auf dem Fleischergewerbe drückenden Fleischnoth muß man mit Entschiedenheit verlangen: Fort mit der Viehsperre! Jeder Tag der Zögerung vergrößert die Noth und die damit verbundene soziale Gefahr. —

Das Verhältniß der deutsch-konservativen Parteileitung zum Bund der Landwirthe dürfte sich nun nach dem Tode des Herrn v. Plötz noch gespannter gestalten. In der „Kreuz-Zeitung" wird heute dem Bunde der Landwirthe vorgeschlagen, folgendes zu beschließen:

§ 1. Der Bund der Landwirthe löst sich in Provinzialvereine auf, unter die das Bundesvermögen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl getheilt wird.

§ 2. Die Provinzialvereine sind durchaus selbständig. Sie behalten — abgesehen von den nothwendigen redaktionellen Aenderungen — vorerst die Statuten des Bundes bei, nur die Charakteristik des Bundes als eines „politischen" Vereins fällt weg.

§ 3. Es wird den Provinzialvereinen anheimgegeben, sich mit den Bauernvereinen ihrer Provinz zu verschmelzen.

§ 4. Die verschiedenen Bauernvereine verbünden sich zu einer Konföderation. Diese Konföderation wird dargestellt durch die Präsidenten der einzelnen Vereine, welche jährlich einmal, oder nach Bedarf mehrmals, in Berlin zusammentreten und Beschlüsse über das fassen, was nach ihrer Auffassung und der von ihnen geleiteten Vereine zur Vertretung der gesammt-deutschen Landwirthschaftsinteressen erforderlich ist.

Dieser Rath wird natürlich blos aus freundschaftlichster Gesinnung ertheilt, damit der Bund eine Vertretung aller landwirthschaftlichen Interessenten, auch der politisch zum Zentrum gehörenden, werde.

Der Bund der Landwirthe wird dankend den Vorschlag ablehnen und das bleiben, was er ist: eine politische Macht und ein Pfahl im Fleische der konservativen Partei. —

Im Reichstags-Wahlkreise Pyritz-Saatzig wird für den verstorbenen Abgeordneten v. Plötz der Rittergutsbesitzer v. Wangenheim-Klein-Spiegel, Vorstandsmitglied des Bundes der Landwirthe, kandidiren. —

Der Gipfel klerikaler Unduldsamkeit dürfte aus Anlaß der Reichstagswahl im Kreise Neurode i. Schl. erreicht sein. Dort war (Wahlkreis Reichenbach-Neurode) seitens der vereinigten Klerikalen, Konservativen und Nationalliberalen der katholische Reichsgraf v. Magnis aufgestellt und ist auch im ersten Wahlgange gegen unseren Genossen Kühn durchgedracht worden, mit Mitteln, wie sie eben nur von solcher Koalition zu erwarten sind und angewandt werden. Aber dieser Erfolg genügt den schwarzen Wahlmachern noch nicht, sie wollen den schwarzen Schrecken so nachhaltig machen, daß er auch für die Zukunft wirkt.

In einem am Fuß des Eulengebirges gelegenen, ganz besonders armseligen Weberdörfchen, dessen Armuth diejenige beinahe in Schatten stellt, welche Gerhardt Hauptmann in seinem Drama „Die Weber" so treffend schildert, befindet sich seit einigen Jahren ein katholischer Geistlicher, der ganz besonders fanatisch ist, und speziell in Sozialistenvertilgung arbeitet. In diesem Dörfchen waren 1893 zirka 70 sozialistische und nur einige zwanzig ultramontane Stimmen abgegeben worden. Diese Schmach beschloß der geistliche Herr von seiner Gemeinde zu tilgen und mit den Mitteln, wie sie eben nur einem katholischen Geistlichen innerhalb einer gläubigen und so armseligen Bevölkerung zu Gebote stehen, brachte er diesmal für sein Dorf wirklich ein dem vorigen gerade entgegengesetztes Wahlresultat zu Stande. Aber alle Wähler brachte er doch nicht zu Kreuze, speziell war da einer, der allerärmste, so weit man bei allgemeiner Armuth so sagen darf, der den Rücken noch steif hielt und sich sogar erfrechte, offen für die Sozialdemokratie Stimmzettel und Wahlschriften zu vertheilen. Dies soll nun gerochen werden.

Der Widerborstige, der thatsächlich seit vielen Jahren unser Parteigenosse ist, hatte sich vor einigen Jahren in diesem Dorfe ein Haus für 270 M. in Worten: zweihundertundsiebzig Mark, gekauft. Dasselbe war aber als unbewohnbar polizeilich gesperrt, als er es kaufte, um es bewohnen zu können, mußte er sich noch zirka 150 M. borgen, und damit führte er die Reparaturen aus, die es wieder bewohnbar machte. Wie dasselbe trotzdem heute beschaffen ist, darüber sind Worte überflüssig, das sagen zur genüge die eben genannten Zahlen; bemerkt sei nur, daß man das Angstgefühl vor dem Zusammenbruch erst wieder los wird, wenn man sich außerhalb der vier Pfähle derselben befindet. Vor zirka 3 Jahren hatte der Aermste noch das Unglück, seine Frau zu verlieren und steht seitdem allein mit fünf unerzogenen Kindern, von denen das älteste 13, das jüngste 3 Jahre alt ist; sein Wochenverdienst beträgt knapp 8 Mark und diesen hohen Lohn erzielt er nur, weil er ein besonders tüchtiger Weber ist und nahezu Tag und Nacht arbeitet. Davon muß er nun mit seinen fünf Kindern vegetiren, auch noch etwas über 5 M. Steuern im Jahre zahlen, darunter 1,40 M. Rente, was beweist, daß unsere Junker bei der Ablösung auch die kleinste Erdscholle nicht außer acht gelassen haben. Durch den Tod seiner Frau und Krankheiten der Kinder hat der Arme sich auch Schulden für Lebensmittel machen müssen, und einer dieser Gläubiger hat sich sein Guthaben zum Ueberfluß als Zwangshypothek auf die Hütte eintragen lassen, außerdem ist der Gerichtsvollzieher von einem anderen Gläubiger zu dem Aermsten geschickt worden. Das einzige Inventar der Stube besteht aus dem Webstuhl, einer Ofenbank, einem Schemel ohne Lehne und einem Haufen Lumpen und Laub zur Schlafstelle. Tisch, Bettstellen, Stühle sind nicht vorhanden.

Daß dieser Elende trotz dieses Elendes seiner Ueberzeugung treu geblieben, hat nun den Seelenhirten so in Harnisch gebracht, daß er beschlossen hat, denselben aus dem Dorfe zu jagen. Zu diesem Zwecke hat er mit Eifer den Gläubiger, der unseren Genossen das Geld geliehen hat, mit dem er seine Hütte wenigstens im polizeilichen Sinne wieder bewohnbar machen konnte, dahin bekehrt, das Geld zu kündigen. Geborgt bekommt aber unser Genosse das Geld nicht, trotzdem es nur 150 M. sind, da seine Hütte, die ihm und seinen Kinderchen wenigstens nothdürftig Obdach gewährt, eben schon über den Werth verschuldet ist. Der Aermste muß also mit seinen Kindern ins Armenhaus, er verliert dadurch seine staatsbürgerlichen Rechte und damit das, was ihn bisher noch moralisch hoch hielt und für den ultramontanen Wahlmacher gefährlich machte. Dieses allerschlimmste kann allein noch abgewendet werden, wenn für diesen Aermsten warmherzige Menschen einspringen; dies zu bewirken ist der Zweck vorstehender, streng wahrheitsgemäßer Darstellung, um deren Abdruck die Parteiblätter ersucht werden.*)

Orts- und Personennamen können öffentlich nicht genannt werden, weil damit die Fanatiker der klerikalen Partei der ganzen Gegend auf den Armen gehetzt würden, wie weit die schwarze christliche Liebe reicht, hat schon mancher erfahren müssen.

Zur Charakteristik des betreffenden Pfarrers sei noch erwähnt, daß er, als die Kinder unseres Genossen eines Sonntags Nachmittags statt in die Kirche, in den Wald nach Beeren gegangen waren, er denselben sagte, sie gehörten in die Kirche und nicht in die Beeren, und wenn das nochmals vorkäme, würde er es ihnen schon austreiben. Dies hat er auch anderen armen Kindern gesagt, und es damit dahin gebracht, daß dieselben nicht mehr wagen, Sonntags nach Beeren zu gehen, trotzdem das Beerensammeln ein nennenswerther Nebenerwerb dieser armen Leute ist. —

Die Schmälerung der Volksrechte wird in Sachsen ungenirt fortgesetzt, obwohl insbesondere der Ausfall der Reichstagswahlen in Dresden der Regierung augenfällig gezeigt hat, daß sie durch ihre Rückwärtserei nicht die Schwächung, sondern die Stärkung der Sozialdemokratie erreicht. Aus dem Vogtlande wird berichtet:

„Gleich der Stadt Schöneck geht auch die Stadt Netzschkau mit dem Gedanken um, die revidirte Städte-Ordnung einzuführen. Wie nun in der letzten Netzschkauer Stadtgemeinderaths-Sitzung mitgetheilt wurde, ertheilt das Ministerium des Innern die Genehmigung zur Einführung der revidirten Städte-Ordnung nur dann, wenn für die Stadtverordnetenwahlen das Dreiklassen-Wahlsystem (wie dasselbe beispielsweise die vogtländische Stadt Falkenstein besitzt) eingeführt wird. Der Stadtgemeinderath zu Netzschkau stimmte der Einführung dieses Wahlsystems zu."

Sächsische Blätter wenden gegen das Ministerium des Innern ein, daß die Städte-Ordnung dem Ministerium gar nicht das Recht giebt, die Einführung des Dreiklassen-Wahlsystems zu fordern. —

Die Wahlen zum Landtage für Reuß j. L. sind, nach einer Bekanntmachung des Ministeriums, auf den 27. September angesetzt worden. —

Oesterreich.

Das österreichische arbeitsstatistische Amt, für das soeben durch Kundmachung des Handelsministers das Statut veröffentlicht wird, hat — wenn seine wirkliche Thätigkeit den zuertheilten Befugnissen entspricht — einen viel weiteren Wirkungskreis wie die deutsche Reichskommission für Arbeiterstatistik.

Es bildet eine ständige, abgesonderte Abtheilung des Handelsministeriums. Es hat die arbeitsstatistischen Daten „systematisch zu erheben und zu verarbeiten, sowie periodisch zu veröffentlichen". Auch für Zwecke der „sozialen Verwaltung", also doch wohl zur Beobachtung der Ausführung und der Wirkungen bestimmter Gesetze unter Umständen auch zum Eingreifen gegen Mißstände und Schäden soll es „fallweise" herangezogen werden; vor allem jedoch hat es die Daten zu sammeln über „die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere in der Industrie und im Gewerbe, im Bergbau und im land- und forstwirthschaftlichen Betriebe, im Handel und Verkehrswesen", ferner auch über den „Umfang und Zustand der Produktion" in den bezeichneten Zweigen.

In Oesterreich muß man freilich immer mit doppelter Vorsicht abwarten, wieweit die Thaten den Worten entsprechen werden. Auf jeden Fall ist jedoch das Arbeitsamt umfassender angelegt wie unsere verkümmerte Reichskommission, die nur, so weit es sich um die Vorbereitung bestimmter Verordnungen und Gesetze handelt, in Thätigkeit tritt, und auch hierfür nur, wenn es dem Reichskanzler beliebt, die Kommission zusammenzuberufen. —

Ungarn.

Budapest, 5. August. Nach nunmehr vorliegenden vollständigen Meldungen liefern Weizen und Roggen zum großen Theil quantitativ eine gute Mittelernte, qualitativ etwas mehr als Durchschnittsmitte; Gerste quantitativ befriedigend, qualitativ unbefriedigend; Hafer quantitativ sowohl wie qualitativ gut. —

Frankreich.

Paris, 5. August. Der „Siècle" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Grafen Christian Esterhazy, in welcher dieser erzählt, wie er in die gegenwärtig spielende Angelegenheit verwickelt wurde. Nach seiner Ankunft in Paris habe ihn sein Vetter, der Major Esterhazy, nachdem er ihn über die sichere Anlage seines Vermögens beruhigt, bei Frau Pays eingeführt. Diese und der Major hätten ihn zu überreden gewußt, ihnen als Zwischenhändler in ihrem Verkehr mit dem Major du Paty de Clam und in dem Kampfe zu dienen, den sie nothgedrungen gegen das Verrätherhyndikat führen müßten. Graf Christian Esterhazy bekannte sich als den Schreiber der Briefe der verschleierten Dame und zwar habe er dies auf inständige Bitten seines Vetters gethan, der etwas in Händen zu haben wünschte, womit er dem General Pelleux beweisen könnte, wie er zu dem geheimen Aktenstücke gekommen sei. Uebrigens habe er, Christian Esterhazy, diese Erklärung bereits eidlich vor dem Untersuchungsrichter Bertulus abgegeben.

Es wird immer schwieriger, den Patrioten Esterhazy vor dem Zuchthause zu retten. Doch der Generalstab ist eine große Macht. —

Paris, 5. August. Der Kassationshof verwarf den Kassationsantrag Zola's. Die Frage der Konnexität der Affären Dreyfus und Esterhazy wurde nicht berührt, sondern nur die formalen Einwände. —

Paris, 4. August. (Eig. Ber.) Zu den Fälschungen du Paty de Clam's in der Dreyfus-Affäre gesellen sich nun die Fälschungen eines vorläufig geheimnißvollen X. als Kampfmittel gegen Zola. Dies das wichtigste Ergebniß des gestern verhandelten Prozesses in Sachen Zola gegen Judet, den Redakteur des berüchtigten „Petit Journal".

Judet, der im Verein mit Rochefort, Drumont und Konsorten in seinem von einer Million Leser gehaltenen Blatte den Kampf für den Generalstab führt, hatte Zola's verstorbenen Vater, François, in die Debatte gezerrt, mit dem ausdrücklichen Zweck, den Sohn unter der angeblichen Schande des Vaters zu begraben. Nach einer Reihe zum Himmel duftender Schimpfartikel rückte Judet schließlich — es war gerade am 18. Juli, am Tage der Eröffnung des letzten Zola-Prozesses in Versailles — mit „Dokumenten" heraus, welche Zola's Vater, einen ehemaligen Offizier, der Unterschlagung von Regimentsgelden überführen sollten. Es war auf dem ersten Blick klar, daß die Dokumente, wie die in den früheren Schimpfartikeln verwertheten angeblichen Thatsachen betreffs der militärischen Laufbahn François Zola's, aus den — kriegsministeriellen Geheimarchiven stammten, aus jenen meist auf fälschlichen Polizeiberichten aufgebauten „geheimen Personalnoten", welche jüngst dem ehemaligen Minister Turrel im Wahlkampfe dienten, um dann die Kassirung seiner Wahl herbeizuführen. In der gestrigen Gerichtsverhandlung entschlüpfte aber Judet das — freilich rasch wieder zurückgenommene — Geständniß, daß er seine „Dokumente" dem Kriegsministerium verdankt.

Die Folge davon war, daß Labori, Zola's Vertheidiger, sofort eine Klage auf Fälschung gegen X. und auf Benutzung einer Fälschung gegen Judet einreichte. Denn die Haltlosigkeit der Dokumente ist seit acht Tagen von einem Mitarbeiter der „Petite République" so gründlich und überzeugend nachgewiesen worden, daß Judet kein einziges Wort der Erwiderung wagen konnte. Es sei nur mitgetheilt, daß der Name des angeblichen Verfassers der Dokumente Combes (mit s) geschrieben ist, während die wirkliche Person, der Judet die Verfasserschaft zuschreibt, Combe (ohne s) hieß. Bezeichnend ist ferner, daß Emile Zola bezw. Labori dreimal nacheinander vergebens das Kriegsministerium um Einsichtnahme in die Personalnoten François Zola's angingen. Cavaignac antwortete schließlich mit frechem Zynismus, die Personalnoten wären „geheime Aktenstücke, die nur zu administrativen Zwecken benutzt werden, sonst aber selbst der Familie nicht mitgetheilt werden können." Die Beleidigungs- und Verleumdungskampagne Judet's gehört demnach zu den „administrativen Zwecken", ebenso wie die gleiche Kampagne Turrels gegen seinen Rivalen im Wahlkampfe.

Die neue Untersuchung dürfte wohl kaum zur Entdeckung des verschleierten X. führen. Judet wird sich gewiß, wie in der gestrigen Gerichtsverhandlung, hinter dem „Berufsgeheimniß" verschanzen. Aber die Untersuchung muß, falls die Justiz ihre Pflicht thut, den juristischen Beweis für die Benutzung einer Fälschung durch Judet liefern. Sachlich ist der Beweis bereits erbracht.

Es sei noch bemerkt, daß Judet im heiligen patriotischen Eifer schon einmal in eine noch gröbere Fälschung hineingeplumpst ist. Judet war es, der im „Petit Journal" die Norton-Papiere veröffentlichte, worin Clemenceau und — Rochefort, der gegenwärtige Spießgeselle Judet's, als besoldete Agenten Englands „entlarvt" wurden. —

Guesde und Jaurès. In verschiedenen Zeitungen heißt es, Guesde habe mit Jaurès gebrochen. Das ist nicht richtig. Das Verhältniß zwischen Guesde und Jaurès ist genau das alte. Der Umstand, daß Guesde in seinem „Socialiste" sich dagegen ausspricht, die Sache Dreyfus zur Parteisache zu machen und daß er die Parteinahme Jaurès' für Dreyfus nicht billigt, ist doch kein Beweis eines Zerwürfnisses. Beide Genossen denken in einer Sache, die keine Parteisache ist, verschieden. Das ist das gute Recht beider und thut der parteigenossischen Zusammengehörigkeit keinen Abbruch. —

England.

London, 4. August. Im Oberhause wurde bei der Spezialdebatte über die Impfnovelle der Paragraph 2, welcher diejenigen Kinder vom Impfzwang ausschließt, deren Eltern Gewissensskrupel gegen die Impfung haben, mit 40 gegen 38 Stimmen verworfen. —

Dr. Aveling soll einem Telegramm der „Vossischen Zeitung" zufolge am vorigen Dienstag — 2. August — in London gestorben sein. Wir haben keine Nachricht erhalten. Nach der Katastrophe, in der er eine so traurige Rolle gespielt, hatte er, von allen ehemaligen Freunden zurückgestoßen, das Gerücht verbreitet, er gehe nach Australien, und war verschollen. —

Italien.

Rom, 5. August. Das amtliche Blatt veröffentlicht heute Abend das Dekret, durch welches der Belagerungszustand über die Provinz Livorno aufgehoben wird. —

Rom, 3. August. Dem Vernehmen nach gedenkt die Regierung in der Kammer eine Vorlage wegen Bewilligung des Baues von sechs Panzerkreuzern einzubringen.

Es giebt wichtigere Zwecke für große Geldaufwendungen in Italien, wo mehr als neun Zehntel der Bevölkerung am Hungertuche nagt! —

Mailand, 4. August. („Frankf. Ztg.") Im hiesigen Gefängniß-Lazareth befinden sich noch etwa 30 Individuen, die in den Maitagen verwundet und noch nicht vom Kriegsgericht abgeurtheilt werden konnten. Alle übrigen Prozesse für Mailand sind beendet. Von im ganzen etwa 3000 Verhafteten sind 652, darunter 184 Minderjährige und 24 Frauen, zu 1307 Jahren Kerker, 16½ Jahren Gefängniß und 8½ Jahren Korrektionshaus verurtheilt worden, ungerechnet die gegen Abwesende ausgesprochenen Strafen. — Die Zahl der in ganz Italien aufgelösten politischen und Arbeitervereine beträgt nach dem „Corriere della Sera" etwa 3000. —

Zu der Verurtheilung unseres Genossen Turati in Mailand. Nach einem Mailänder Bericht des Winterthurer „Landboten" über die Verhandlungen des Kriegsgerichts gegen die drei Abgeordneten De Andreis, Turati und Morgari wurden in der Anklageschrift alle „politischen Sünden" der Angeklagten aufgezählt und dabei möglichst schwarz gemalt. De Andreis wird als intransigenter Republikaner geschildert, der Vereine gründete, an Kongressen theilnahm und meist „sehr heftige Reden" hielt. Turati soll für die „avancirtesten sozialistischen Lehren" Propaganda gemacht, die Partei organisirt und ihr die „Richtung zum Klassenhaß" gegeben haben und — schrecklich! — er hatte es dazu gebracht, daß sich die Arbeitskammer und die Eisenbahner den Sozialisten anschlossen. Morgari habe dasselbe in Turin gethan. Er sei am 9. Mai nach Mailand gekommen, dann am 11. nach Lugano gereist, um mit Rondani die „Banden" für den Einfall in Italien zu bilden und sei dann, als die Truppen anrückten, nach Rom gefahren, wo er am 14. verhaftet wurde. Zur Widerlegung dieser staatsanwaltschaftlichen Lügen und Phantasien hatte Morgari eine Anzahl tessinischer Staatsbeamter geladen, die sich im Gerichtssaale nicht hinter das „berühmte Amtsgeheimniß" versteckten. Es erschien aus Lugano der Polizeikommissär Annuzzi, der Militärkommandant Bernaserin, der Appellrichter Primavesi und der Regierungskommissär Rusca, welche alle bezeugten, daß Morgari und Rondani, im Gegensatz zu den staatsanwaltlichen Lügen, bemüht waren, die vom Innern der Schweiz angekommenen Leute von der Ueberschreitung der Grenze abzuhalten. Das Verhalten aller Flüchtlinge in Tessin sei ein durchaus korrektes gewesen! Es war der Gipfel der Frechheit des Mailänder Staatsanwalts, statt nach solchen unanfechtbaren Zeugenaussagen sich für seine Lügen und für die unschuldig ausgestandene zweimonatliche Untersuchungshaft bei Morgari sehr zu entschuldigen, wie dies jeder anständige Privatmann in ähnlicher Situation ganz selbstverständlich thun würde, noch 5 Jahre Zuchthausstrafe zu beantragen. Die Freisprechung Morgari's durch den Gerichtshof darf als ein Akt der Gerechtigkeit anerkannt werden.

Turati erklärte frei und offen: „Ich bin Sozialist, aufrichtiger Sozialist. Wenn in diesem wichtigen Augenblicke dies zu sein ein Verbrechen ist, je nun, so möge man mich deswegen verurtheilen. Ich habe für die Partei gethan, was in meinen Kräften lag, indem ich der Meinung bin, daß sie auch in Italien das Recht zu einer loyalen Existenz habe". Aber alles, was sich auf Verschwörung, geheime Umtriebe, bewaffnete Banden und dergleichen beziehe, berühre ihn nicht. Edm. de Amicis als Zeuge bestätigte, daß Turati ein Evolutionist sei und die ganze italienische Sozialdemokratie auf dem Boden der Evolution stehe.

Dem Republikaner De Andreis stellte der konservative Abgeordnete, Exminister und Professor Colombo, das beste Zeugniß in jeder Beziehung aus.

Trotzdem erhielten Turati und De Andreis je 12 Jahre Zuchthaus, trotz des absoluten Mangels aller positiven Beweise für ihre angebliche Schuld. Möge der Rekurs Erfolg haben und der furchtbare Justizmord verhindert werden. —

---

*) Genosse August Kühn in Langenbielau ist zur Annahme von Gaben und zu deren Verwendung im Sinne des Spenders gern bereit.

Russland.

Aus Petersburg melden polnische Blätter, daß in den letzten Tagen in Nischny-Nowgorod auf Befehl des Ober-Prokurators Pobedonoszew ein früherer Militonär, einer der angesehensten und ältesten, P. Alexander Zerczaninow, unter dem Verdachte der Zuneigung an die Vereinigung der russisch-orientalischen mit der katholischen Kirche verhaftet und strafweise in dem zum Monaster Spasyemifow gehörigen Fort Suzdal (Gouvernement Wladimir) internirt wurde. —

Bulgarien.

Sofia, 5. August. (Frankf. Ztg.) Wie von einer Seite, die dem Kriegsminister nahe steht, verlautet, sind Verhandlungen dem Abschluß nahe, wonach Kaiser Wilhelm gestattet, daß eine größere Anzahl bulgarischer Offiziere mit stets zweijährigem Turnus zur weiteren Ausbildung in die deutsche Armee eintritt. —

Türkei.

Konstantinopel, 5. August. Nach hier eingetroffenen Privatmeldungen haben in dem Distrikt von Achlat im Vilajet Bitlis Kurden 8 armenische Dörfer theilweise geplündert, weil das Gerücht aufgetaucht war, daß eine armenische Bande sich gezeigt hätte. Auch in anderen Vilajets treten beunruhigende Anzeichen zutage, welche auf die bevorstehende Rückkehr der armenischen Flüchtlinge zurückgeführt werden. —

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland wird am 4. September von vormittags 11 Uhr an in Spandau im Wehe'schen Lokale, Pichelsdorferstr. 39, abgehalten.

Die Parteigenossen in Worms beschlossen, auf der Landeskonferenz zu beantragen, daß die Fraktion im hessischen Landtage die Einführung der Gesetzeskunde in den oberen Klassen der Elementarschulen und in den Fortbildungsschulen fordern möge.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Je ein Strafmandat über 3 M. nebst 1,10 M. Kosten erhielten die Parteigenossen Nerenz und Kamin in Neu-Ruppin, weil sie, wie es in dem Schriftstück wörtlich heißt, „am Sonntag, den 12. Juni, während der Kirchzeit unbefugt öffentlich bemerkbare und zugleich Anstoß erregende Arbeit dadurch betrieben haben, daß sie von Haus zu Haus gingen und Wahlflugblätter verbreiteten. Uebertretung gegen §§ 1 und 17 der Oberpräsidial-Verordnung vom 5. Oktober 1896.

Natürlich ist richterliche Entscheidung beantragt worden.

— Nach einer Mittheilung der Magdeburger „Volksstimme" zu schließen, ist der beinahe weltbekannt gewordene Polizeiposten, der vor der Buchhandlung der „Volksstimme" stationirt war, nun dauernd eingezogen.

— Wegen Beleidigung des Lehrers Weiser in Debschwitz war der Parteigenosse Rödiger in Gera, Redakteur der „Reußischen Tribüne", vom Schöffengericht daselbst auf grund des § 186 zu 150 M. Geldstrafe oder einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. Das Landgericht fand in dem inkriminirten Artikel nur formale Beleidigungen, insbesondere erblickte es eine solche in dem Ausdrucke „Prügelpädagog"; es hob deshalb das Erkenntniß des Schöffengerichts auf und verurtheilte unseren Genossen auf grund des § 185 zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängniß.

Neunter internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Wien, den 4. August 1898.

Vierter Verhandlungstag.

Der Tagespräsident Calvignac (Carmaux) eröffnet um 10 Uhr die heutige Sitzung.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird zunächst eine Resolution der Franzosen und Belgier, die den Wunsch ausspricht, daß jede einzelne Nation Berichte über Arbeitszeit und Arbeitslohn dem Kongreß einreiche, zur Abstimmung gestellt und ohne Debatte angenommen.

Es folgt dann Punkt 4 der Tagesordnung die Frage der Ueberproduktion.

Die französische und belgische Delegation verlangen in einer Resolution eine internationale Regelung der Produktion der Kohlen.

Cavrot (Belgien) verweist darauf, daß die Frage der Regelung der Produktion schon lange ein Wunsch der Bergarbeiter sei, der leider aber noch immer nicht erfüllt sei. Um die Frage wenigstens ein Stück der Verwirklichung entgegenzuführen, beantrage er, daß der Kongreß aus jeder Nation zwei Delegirte wähle, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen und dann dem nächsten Kongreß über die zu unternehmenden Schritte Vorschläge zu machen hätten.

Young (Northumberland) fragt an, welche Thätigkeit das Komitee entfaltet habe, das in Paris zu dem gleichen Zweck eingesetzt wurde, ob es jemals zusammengekommen sei und Sitzungen abgehalten habe.

Generalsekretär Pickard erwidert, daß dem Pariser Beschluß thatsächlich keine praktische Folge gegeben sei. Die einzelnen Nationen hätten die ihnen aufgegebene Arbeit nicht geleistet, und der Kongreß selbst sei nicht in der Lage, ein Komitee einzusetzen, da ihm die Mittel fehlen, ein solches Komitee zu besolden.

Mousart (Belgien) erachtet es für nothwendig, die Kohlenproduktion einzuschränken. Die Grubenbesitzer lassen, wenn der Preis der Kohle gedrückt sei und sie auch die Arbeitslöhne herabgedrückt haben, bei diesen billigen Arbeitslöhnen ins Blinde hinein produziren. Sei dann die Konjunktur günstiger, werde diese billig geförderte Kohle theuer verkauft. Diesem Spekulantenthum müsse Einhalt gethan werden. Die Arbeiter müssen alles aufbieten, um die Ansammlung großer Kohlenvorräthe zu verhindern. Er beantrage, daß die einzelnen Delegationen sich dem Kongreß gegenüber verpflichten, die Frage in ihren Organisationen zu erörtern und für den nächsten Kongreß Anträge vorzubereiten.

Stark (Falkenau) erklärt, die österreichische Delegation sei nicht in der Lage, hier einen selbständigen Antrag zu stellen. Eine internationale Vereinbarung über die Regelung der Produktion halte er für unerreichbar. Eine endgiltige Lösung dieser Frage könne seiner Ansicht nach nur erfolgen, wenn die Produktionsmittel in die Hände der arbeitenden Klassen übergegangen sein werden. Unter den heutigen Verhältnissen sei die Ueberproduktion nur dadurch einzuschränken, daß mit Hilfe starker Organisationen der Versuch gemacht werde, die Akkordarbeit abzuschaffen. Er halte dafür, daß es gut wäre, wenn die Frage der Abschaffung der Akkordarbeit einmal auf dem nächsten Kongreß ausführlich behandelt würde. Die Solidarität der Arbeiter könne heute schon in der Frage insoweit etwas erreichen, als sich bei einem Streik der Bergarbeiter des einen Landes die Arbeiter der anderen Länder weigern sollten, Kohle über den gewöhnlichen Bedarf zu fördern, damit mit der ausländischen Kohle den Streikenden kein Schaden zugefügt werde. (Beifall.)

Cowey hält die ganze Frage für undiskutabel. Er meine, der Kongreß solle nun endlich einmal aufhören, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, die in der heutigen Gesellschaft nicht zu lösen sei. (Lebhaftes Bravo!) Man könne leicht große Prinzipien aufstellen, aber es sei nicht möglich, die Arbeiter dazu zu bewegen, weniger zu produziren, als zur Erlangung eines bestimmten Lohnes nothwendig sei.

Panek (Turn-Teplitz): Den österreichischen Bergarbeitern sei es unmöglich, für die belgische Resolution zu stimmen. Er schließe sich völlig der Ansicht Cowey's an, daß es besser sei, diese Frage überhaupt nicht mehr auf dem Kongreß zu diskutiren.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung der Resolution mit großer Majorität, die englischen sind einstimmig, die österreichischen Delegirten mit Ausnahme eines, der 30 000 Stimmen vertritt, dagegen, die französischen Delegirten enthalten sich der Abstimmung, und selbst die belgische Delegation stimmt getheilt. Zwei belgische Delegirte, die 65 000 Stimmen vertreten, stimmen für die Resolution, ein Delegirter, der 35 000 Stimmen vertritt, dagegen. Im ganzen 715 000 Stimmen dagegen, 65 000 dafür.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: „Alters- und Invalidenpensionen."

Die Miners' Federation stellt folgende Resolution: „Der Kongreß beschließe, die Regierungen aller hier vertretenen Nationen sind zu veranlassen, Gesetze betreffend die Alters- und Invalidenpensionen zu schaffen; doch dürfen diese in keiner Weise die Haftbarkeit der Arbeitgeber betreffs der etwaigen Entschädigung für Unfälle beeinflussen, die die Arbeiter bei der Arbeit oder auf dem Wege von und zur Arbeit erleiden."

Stanley (England): Ueber die Nothwendigkeit der Invalidenpensionen und Krankenentschädigung sei es kaum nöthig zu reden. Die englische Delegation sei einstimmig für den in der Resolution ausgesprochenen Grundsatz; einige unter den Engländern mögen vielleicht den Wortlaut nicht ganz gut heißen, weil er ihnen zu sehr nach Sozialismus rieche. (Heiterkeit.) Ihm sei es aber gleich, ob etwas sozialistisch sei oder nicht, wenn es nur gut, das heißt den Interessen der Arbeiterklasse dienlich sei. Er halte es mit einem englischen Dichter, der einmal gesagt habe, es sei gleichgiltig, ob eine Rose Rose heiße, sie rieche immer gut. Für die Engländer habe die Resolution einen besonderen Werth. Vor den letzten Wahlen habe die Regierung die Regelung der Pensionsfrage versprochen. Nach den Wahlen aber sei die Frage sehr ins Stocken gerathen. Es gelte nun, auf die englische Regierung einen Druck auszuüben, und deshalb bitte er den Kongreß, möglichst einmüthig für die Resolution zu stimmen. (Beifall.)

William Johnson (Warwickshire) unterstützt die Ausführungen des Vorredners. In England würden die Arbeiter kein Gesetz, das Beiträge von den Arbeitern für die Pension erfordere, akzeptiren. Es sei nicht zu erwarten, daß alle Gruppen auf einmal in einem Gesetze würden berücksichtigt werden. Die Arbeiter, die starke Organisationen besitzen, würden zunächst bedacht werden, diejenigen aber, die nicht im stande seien, sich selbst zu helfen, würden auch von der Gesetzgebung im Stiche gelassen werden. Selbstverständlich sei es, daß die Pensionen niemals den Charakter von Armenunterstützungen annehmen dürften, und daß niemand durch Bezug der Pension seine politischen Rechte einbüße.

Basly (Frankreich) begründet die Resolution der französischen und belgischen Delegation: Es ist eine Verbesserung der Gesetze, betr. die Invalidenpensionen, anzustreben, und es sind praktische Gesetze in denjenigen Ländern zu schaffen, wo solche noch nicht bestehen.

In Frankreich sei ein neues Invalidengesetz in kraft getreten, nach welchem nach 33jähriger Dienstzeit für den Bergarbeiter eine Rente, bis 600 Fr. steigend, ausgeworfen sei. Für diese Invalidenkasse würden 2 pCt. des Lohnbetrages vom Arbeiter und 2 pCt. vom Unternehmer gezahlt. Gegenwärtig werde von den französischen Arbeitern eine Erhöhung der Rente bis zu 700 Franks gefordert, zu welchem Zweck der Staat zur Leistung von Beiträgen in der Höhe von 4 pCt. des Lohnes herangezogen werden solle.

Hackl (Falkenau) weist auf den gedruckt vorliegenden Bericht über die Bruderladen in Oesterreich hin, der entsprechend der von der Vorkonferenz des Kongresses in Paris gegebenen Anregung verfaßt sei.

Mousart (Belgien) berichtet über den Stand der Alters- und Invalidenversorgung in Belgien, die dort nur fakultativ sei, das heißt in das Belieben des einen oder anderen Unternehmers gestellt sei. Die Renten, die die Arbeiter erhalten, seien überdies sehr klein und reichten bei weitem nicht aus. Es gebe Monatsrenten von 8 Franks bis höchstens zu 20 Franks. Verlasse nun ein Arbeiter die Arbeit in einer Fabrik, wo er jahrelang zur Pensionskasse Beiträge gezahlt habe, so verliere er diese eingezahlten Gelder ohne weiteres. (Oesterreichische Delegirte rufen: Ganz so wie bei uns!) Deshalb müßten die Arbeiter eine Versorgung von Staatswegen fordern, bei der alle ihre Ansprüche sichergestellt seien. Seitdem dreißig Sozialdemokraten in die belgische Kammer eingezogen seien, sei die Aussicht auf ein allgemeines Alters- und Invalidengesetz näbergerückt, da sich jetzt auch die Liberalen und Katholiken in Arbeiterfreundlichkeit überbieten, um ihren politischen Einfluß bei den Arbeitern nicht ganz einzubüßen. Gerade diese Thatsache aber, daß sich alle Parteien jetzt an den Arbeiter herandrängen, zeige, daß nur der Anschluß an die sozialdemokratische Partei den Arbeitern helfen könne. Nur wenn sie auch politisch gut organisirt seien, sei es möglich, das Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Muir (Schottischer Bergarbeiter-Verband) berichtet über das Projekt des Ministers Chamberlain, nach dem die Arbeiter vom 25. bis zum 65. Jahre Beiträge zu zahlen hätten, um dann eine Rente von 5 Shillingen (3 fl.) pro Woche zu erhalten. Er wisse nicht, wie alt die österreichischen Bergarbeiter werden, aber in England erreichen nur wenige das 65. Lebensjahr. (Ruf: In Oesterreich keiner!) Es würde also dann die Masse der Bergarbeiter jahrelang Beiträge zahlen, damit einige Wenige eine noch dazu so geringfügige Rente erhalten. Dagegen müßten sich die Arbeiter energisch wehren, und die schottischen Bergarbeiter seien mit der Miners' Federation völlig einig in der Beurtheilung dieser wichtigen Frage.

Stark (Falkenau) ist mit den Engländern sachlich einverstanden, bemängelt aber den deutschen Text der Resolution und verlangt, daß alle Obertags- und Untertagsarbeiter in die Resolution ausdrücklich eingeschlossen würden. Im übrigen sei er, wie die Belgier, der Meinung, daß eine staatliche Versicherung für alle Arbeiter verlangt werden müsse, schon damit den Arbeitern der Berufswechsel erleichtert werde. Gegen die Betriebskassen müsse energisch Stellung genommen werden. Er fürchte, der nächste Bergarbeiterstreik in Oesterreich werde wegen der Bruderladen entbrennen, die bei den Arbeitern allgemein „Betrugsladen" heißen. (Beifall.)

Maroille (Belgien): Die Gesellschaft müsse gezwungen werden, dem arbeitsunfähigen Arbeiter die Existenz zu sichern. In Belgien seien diese Arbeitsunfähigen aber oft der Gendarmerie ausgeliefert und werden wegen Bettelns bestraft. Wenn die Arbeiter ihre Macht ausnützen wollten, könne die Gesellschaft zur Arbeiter-Alters und Invalidenversorgung gezwungen werden. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen, die Resolutionen vom Kongreß einstimmig genehmigt. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende verliest ein von den Obmännern der Organisation der Wiener Metallarbeiter, die eben zu einer Konferenz versammelt sind, abgesendetes Begrüßungstelegramm. Die Begrüßung wird sehr beifällig aufgenommen. — Generalsekretär Pickard stellt fest, daß es das erstemal sei, daß der Bergarbeitertag von einer fremden Organisation begrüßt werde. Es freue ihn, daß gerade die Metallarbeiter die ersten gewesen seien. Die Organisationen der Metallarbeiter hätten überall stets ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan und stets ein leuchtendes Vorbild in der Bethätigung der Solidarität gegeben. Gerade die Metallarbeiterorganisationen seien stets helfend für andere im Kampfe stehende Organisationen eingetreten. Der Kongreß werde das Telegramm herzlich beantworten. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: Inspektion der Bergwerke.

Frankreich und Belgien beantragen folgende Resolution: „Der Kongreß beschließt, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiter in späteren Jahren einen genügenden Lohn bekommen. Eine Inspektion der Gruben soll zweimal im Monat erfolgen."

Basly begründet den Antrag. In Frankreich bestehe seit 1892 die Institution der Arbeiterinspektoren, die auf grund des allgemeinen Wahlrechts von allen Arbeitern des Bezirks gewählt werden. Der Staat besoldet diese Arbeitervertreter, aber nur für die Tage, an denen sie im Dienst stehen. Der Gehalt betrage pro Tag 6 Franks 30 Centimes, die der Staat von den Unternehmern einziehe. Die Arbeiterinspektoren seien ein großer Fortschritt, er wünsche nur, daß diese Institution auch in anderen Ländern platzgreife. Selbstverständlich seien mit diesen Arbeiterinspektoren nicht alle Wünsche der französischen Bergarbeiter erfüllt.

Cavrot (Belgien) berichtet über den Stand der einschlägigen Gesetzgebung in Belgien. Das belgische Gesetz reiche lange nicht an das französische heran. In Belgien bestehe ein Industrierath aus Arbeitgebern und Arbeitern, der dem Minister für jede Grube zwei Arbeiter vorschlage. Aus diesen zwei Personen wähle die Regierung einen aus. Dem Inspektor sei die Zahl der Inspektionen begrenzt, mehr wie achtzehnmal im Monat dürfe er eine Grube nicht inspiziren. Er habe nicht das Recht, selbst Ausstellungen zu machen, sondern dürfe nur die Mängel, die er gesehen habe, schriftlich bezeichnen. Der Gruben-Ingenieur prüfe dann unter Beistand eines Regierungs-Kommissars diese Schriftsätze und es stehe in ihrem Belieben, Remedur zu schaffen oder nicht. Die Inspektoren seien keine Arbeiterinspektoren, sondern Kreaturen der Regierung, das ganze Gesetz ist lächerlich. Die Arbeiter strebten seine Abänderung an, und er, Redner, habe selbst schon mehrfach eine Aenderung des Gesetzes im Parlament verlangt. Der Gehalt des belgischen Inspektors betrage 1800 Fr. jährlich.

Frank-Falkenau: Das französische Inspektorengesetz sei annehmbar, das belgische habe der Vorredner selbst lächerlich gemacht. Oesterreich habe aber keine Ursache, über das belgische Gesetz zu lachen. In Oesterreich gäbe es zwar Inspektorenberichte, aber keine Inspektoren (Heiterkeit.) Die Bergkommissare, die auch als Inspektoren gelten, seien Bureaukraten, die von der praktischen Inspektion keine Ahnung hätten. Wie geschehe denn die sogenannte Inspektion? Der Kommissar melde sich acht bis vierzehn Tage vorher an und die Grube werde dann hergerichtet. Sei irgendwo ein Schade, so werde die Stelle verschlagen, und habe ein Kommissar einmal den Muth, zu fragen, was denn hinter dem Verschlag sei, so werde ihm geantwortet: „Da wird nicht gearbeitet." Kaum habe aber der Beamte den Schacht verlassen, so werde der Verschlag abgerissen und lustig weitergearbeitet. Die österreichischen Arbeiter verlangten unabhängige Arbeiter-Inspektoren. Wer mit den Arbeitgebern irgendwelche Beziehung habe, sei nicht unabhängig. Die Arbeiter müssen ihre Delegirten in geheimer Wahl wählen, und der Staat müsse sie besolden. Die in der Resolution vorgeschlagene Bestimmung, daß jedes Bergwerk zweimal im Monat inspizirt werden müsse, sei dahin zu erweitern, daß das das Minimum der Inspektionsthätigkeit bedeute. Auf Wunsch der Arbeiter müsse sofort eine Inspektion erfolgen. Er selbst habe einmal dreimal eine Inspektion verlangt, diese sei aber dann erst nach vier Tagen vorgenommen worden, am dritten Tage sei er verschüttet worden, und nur einem Zufall verdanke er seine Rettung.

Die österreichischen Delegirten stellen folgendes Amendement: Zur Grubeninspektion sind Delegirte der Arbeiter, die von Arbeitern aus ihren eigenen Reihen auf grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt und vom Staate besoldet sind, beizuziehen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Berichtigung des Bauunternehmers B. Laubsch theilen wir hierdurch mit, daß es mit dem Einbehalten von 10 Pf. pro Mille Steine seine Richtigkeit hat, dagegen von einer Vereinbarung bezüglich des Abrechnens am Sonnabend von 3 Uhr ab keinem der betreffenden Kollegen etwas bekannt ist. Die Neuerung des Herrn L., sogar nur bis Freitag Abend zu rechnen, ließen sich die Kollegen eben nicht gefallen, und daher die Arbeitsniederlegung. Etwas ganz Neues für die Kollegen ist allerdings die Firmirung: „B. Laubsch". Bisher hatten dieselben sämmtliche Abmachungen mit Herrn August Laubsch verabredet. Oder sollte die richtige Firma vielleicht Bertha Laubsch heißen? Die Lohnkommission. J. A.: W. Noack.

In Spandau hatten die am Bau der Zündhölzchen-Fabrik beschäftigten Zimmerer der Firma Gebr. Reinecke vor mehreren Wochen die Arbeit niedergelegt, um den 50 Pf.-Stundenlohn zu erringen. Da sich der Streik sehr in die Länge zog, sind die an demselben Bau arbeitenden 43 Maurer ihren Arbeitsbrüdern zu Hilfe gekommen und haben am Mittwoch einmüthig die Arbeit niedergelegt. Ueber diesen glänzenden Beweis von Arbeitersolidarität wundern sich natürlich die „gutgesinnten" Käseblättchen.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

In gemeinschaftlicher Sitzung der hiesigen und der Charlottenburger Porzellanarbeiter wurde am Mittwoch beschlossen, den Streik bei der Firma Schwarz fortzusetzen, nachdem eine Kommission, die beauftragt war, Unterhandlungen anzuknüpfen, von dem Unternehmer nicht einmal vorgelassen wurde. Bemerkt sei, daß der Betrieb der beiden Fabriken durch das entschlossene Handeln der Arbeiter völlig zum Stehen gebracht wurde. In Spandau hatten sich selbst die unorganisirten Arbeiterinnen und Arbeitsburschen den Streikenden angeschlossen.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Breslau dauert fort. Die entgegengesetzten Meldungen bürgerlicher Blätter sind unrichtig. In der letzten Versammlung der Ausständigen wurde mitgetheilt, daß von 1645 Mann, die sich bei Beginn des Streiks in die Listen einzeichnen ließen, bis jetzt 729 abgereist sind; 770 haben sich bei der Kontrolle gemeldet. Die Zahl der sogenannten „Arbeitswilligen" beträgt 225. Die Zimmergesellen, von denen infolge des Maurerstreiks ca. 300 ohne Beschäftigung sind, beauftragten eine Kommission, beim Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Stadtsyndikus Götz, anzufragen, ob er geneigt wäre, die Vertreter der streitenden Parteien im Maurerstreik zu Vergleichsverhandlungen einzuladen.

Nach der neuesten Meldung hat sich Herr Götze zur Vermittelung bereit erklärt. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien sind bereits im Gange.

In Erfurt haben die Arbeiter der Baumann'schen Brauerei durch guten Zusammenhalt die Einführung eines größeren Maßes von Sonntagsruhe durchgesetzt, derart, daß nur die Hälfte des Personals Sonntags drei Stunden Dienst zu thun und die andere Hälfte vollkommen frei hat. In der Brauerei von G. Büchner dagegen verhält sich der größte Theil der Arbeiter theilnahmslos. Die Leitung dieser Brauerei lehnte unter Berufung hierauf die Einführung der Sonntagsruhe ab. Eine vom Gewerkschaftskartell veranlaßte Volksversammlung, die von etwa 400 Personen besucht war, hat sich nun schlüssig gemacht, die Minderheit der Arbeiter der Büchner'schen Brauerei dadurch zu unterstützen, daß sie den Konsum des Büchner'schen Bieres einzustellen beschloß.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Die Sperre über sämmtliche hiesige Gießereien, die wegen Ausgabe schwarzer Listen und sonstiger Machinationen hiesiger Formermeister verhängt worden ist, thut ihre Wirkung. Selbst in der Schweiz ist man auf der Suche nach Ersatzkräften und vielfach wird die Arbeit nach auswärts geschickt. Wir bitten, uns darüber auf dem laufenden zu halten, wo und in welchem Maße Düsseldorfer Arbeit eintrifft. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß infolge der Sperre ein Streik in einer der Gießereien in Aussicht steht. Zuzug von Formern nach Düsseldorf ist also nach wie vor fernzuhalten.

M. Sendler, Vertrauensmann.

Ausland.

Ueber die Zimmererbewegung in Amsterdam wird uns geschrieben: Ungefähr 1200 Zimmerer haben dem Streikaufruf Folge geleistet. Nach einer Schätzung giebt es deren hier 2300. Auf den größeren Plätzen ist der Streik ziemlich allgemein. Die noch arbeitenden Zimmerer sind vielfach im Dienste sehr kleiner Unternehmer. Gefordert wird: Einsetzung eines Stücklohntarifs für die Bauspekulation; Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden; Lohnerhöhung von 23 auf 25 Cents (24 Cents = 40 Pf.); Versicherung gegen Betriebsunfälle. Zwei Mitglieder des Gemeinderaths haben schon zugesagt, einen Antrag einzubringen, um diese Forderungen auch für die öffentlichen Arbeiten geltend zu machen.

Soziales.

Kapital und Arbeit. Der Reichskanzler hat unterm 4. August folgende Bekanntmachung erlassen:

„Gemäß der Vorschrift des § 6 des Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt betheiligter Personen, vom 13. Juli 1887 (Reichs-Ges.-Bl. S. 329), ist eine erneute Revision der

durch meine Bekanntmachung vom 22. Dezember 1887 festgesetzten Durchschnittsbeträge des monatlichen Lohnes (Heuer) oder Gehalts, welcher bei der Bemessung des Jahres-Arbeitsverdienstes der zur Besatzung deutscher Seefahrzeuge gehörenden Personen zu grunde zu legen ist, vorgenommen.

Dabei hat sich ergeben, daß zu einer anderweiten Festsetzung dieser Durchschnittsbeträge eine ausreichende Veranlassung nicht vorliegt. Die Festsetzungen der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1887 bleiben daher auch fernerhin in Geltung."

Infolge des Aufschwungs des Handels erfreut sich die Seeschifffahrt seit einer Reihe von Jahren notorisch eines ausgezeichneten Geschäftsgangs. Die Arbeiter der Seeschifffahrt aber haben davon nicht einmal so viel profitirt, daß der Reichskanzler zu einer Erhöhung der im Jahre 1887, also vor 11 Jahren festgestellten Durchschnittssätze des monatlichen Lohns eine ausreichende Veranlassung hätte. Dabei ist noch zu beachten, daß die Kosten des Lebensunterhalts 2c. seit 1887 sicher nicht gefallen, sondern mehr oder weniger gestiegen sind.

Nach allem ist die Bekanntmachung des Reichskanzlers ein werthvolles amtliches Zeugniß dafür, daß der große Hamburger Seemanns- und Hafenarbeiterstreik wirthschaftlich voll berechtigt war.

Arbeiter-Risiko. Aus Kattowitz wird uns geschrieben: Schon wieder ist hier an einem Neubau ein Einsturz vorgekommen, die übereinander gebauten Erker brachen herunter. Vier Personen wurden unter den Trümmern begraben, drei Maurer und ein Zimmermann. Andere Arbeiter retteten sich mit knapper Noth. Ein Maurer ist schwer verletzt und dürfte wohl kaum mit dem Leben davonkommen. Die Ursache der meisten Einstürze ist die Verwendung total untauglichen Ziegelmaterials; höchst wahrscheinlich trifft diese Ursache auch bei dem neuesten Unglück zu, wenn das auch bestritten wird. Trotz verschiedener Verordnungen wird in bezug auf Materialverwendung äußerst fahrlässig gehandelt. Massenhaft werden Ziegel verwandt, die schon, ehe sie angefahren sind, in Stücke zerfallen sind, in Stücke, die man zwischen den Fingern zerreiben kann. Aber gerade bei dieser Bauart machen Bauherren wie Maurermeister klotzige Profite, und im Grunde genommen ist deren Profitsucht die einzige Ursache der massenhaften Bau-Unglücke.

Gerichts-Zeitung.

„Hier wird der Sozialdemokrat Schmidt gewählt"! Mit diesen Worten übergab der Schneider Richard Prießmeier jedem Wähler, der am 16. Juni das Wahllokal in der Greifswalderstr. 9 betreten wollte, den Stimmzettel. Ein Schutzmann, welcher dies längere Zeit hindurch beobachtete, untersagte dem Prießmeier diese Bemerkung und wies ihn an, seine Zettel ohne einen mündlichen Zusatz zu vertheilen. Prießmeier kehrte sich nicht daran, worauf der Schutzmann ihn verhaftete und zur Anzeige brachte. Die Polizeibehörde sah das Gebahren des Prießmeier als groben Unfug an und nahm ihn in eine Geldstrafe von 6 M. Hiergegen beantragte Prießmeier richterliche Entscheidung und erzielte im gestrigen Termine vor der 141. Abth. des Schöffengerichts ein freisprechendes Erkenntniß, denn weder der Staatsanwalt noch der Gerichtshof vermochten in der Bemerkung des Angeschuldigten eine Belästigung oder Beunruhigung des Publikums zu erblicken, welches nöthig sei, um den Begriff des groben Unfugs festzustellen.

Wegen Vergehens gegen § 66 des Einkommensteuer-Gesetzes wurde der Besitzer Löwenstein angeklagt und in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurtheilt. Das Landgericht stellte folgendes fest. Löwenstein hatte auf seinem Hause eine Hypothek von 2100 M. stehen, die er jährlich mit 84 M. verzinsen mußte. Am 18. Januar 1897 gab L. auf dem bekannten Formular die ihm anheimgestellte Steuererklärung ab und führte die 84 M. als abzugsfähig unter der Rubrik „Zinsen für Hypotheken und andere Schulden" an, obwohl er die Hypothek schon vorher gekündigt hatte, weil er beabsichtigte, seinem Geldgeber die Summe herauszuzahlen. Die Auszahlung erfolgte dann auch schon am 17. Februar desselben Jahres, so daß L. die 84 M. Zinsen in dem Steuerjahr, worauf sich die Steuererklärung bezog, nicht mehr zu zahlen hatte. Das Landgericht nahm an, daß der Angeklagte wissentlich eine falsche Angabe über sein Einkommen gemacht habe und deshalb nach § 66 des Einkommen-Steuergesetzes strafbar sei. Löwenstein legte Revision ein und verwies darauf, daß er den Staat nicht geschädigt habe. Er sei eingeschätzt worden nach einem Einkommen von 6000 bis 6500 M., die 84 M. hätten also auf die Festsetzung der Steuerstufe wegen der Kleinheit der Summe keinen Einfluß haben können. Das Kammergericht gab der Revision statt und sprach den Angeklagten frei. Zur Begründung führte der Präsident aus, nach dem Wortlaut des § 66 müsse angenommen werden, daß selbst eine wissentlich falsche Steuererklärung nur strafbar sei, wenn die falsche Angabe geeignet sei, zur Verkürzung der Steuer zu führen. Das treffe hier nicht zu.

Die Paragraphen 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, die als Kampfmittel gegen die sozialdemokratische Agitation sehr beliebt sind, werden jetzt auch gegen die Freisinnigen angewendet. Der vielgenannte freisinnige „Bauernverein Nordost" giebt neben einer periodischen Zeitschrift „Bauernfreund" auch einen „Deutschen Volkskalender" des gleichen Namens heraus, deren Verbreitung man sich sehr angelegen sein läßt. Wegen der Verbreitung des „Bauernfreund, Deutscher Volkskalender für 1898" wurden die Frau B. Friedrichs aus Gollnow und der Redakteur E. Brandt aus Berlin des Vergehens gegen die §§ 10 und 41 des preußischen Preßgesetzes angeklagt. Der § 10 bestimmt: Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke ausrufen, verkaufen, vertheilen, anheften oder anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde erlangt hat." Das Schöffengericht in Gollnow stellte folgenden Thatbestand fest: Frau Friedrichs wurde am 3. November 1897 nach dem Hotel gerufen, wo der Angeklagte Brandt in Gollnow logirte. Dieser bestimmte sie dazu, eine größere Anzahl Exemplare des Volkskalenders wie auch der Zeitschrift „Bauernfreund" an die in die Stadt zum Markte gekommenen Landleute zu vertheilen. Insbesondere sollte sie den bäuerlichen Besitzern die Schriften auf ihre Fuhrwerke legen. Die Frau kam ihrem Auftrage prompt nach und meldete sich dann wieder im Hotel. Hier erhielt sie vom Oberkellner 75 Pf., die dem Redakteur Brandt in Rechnung gestellt wurden. — Beide Angeklagte wurden zu Geldstrafen von je 3 M. verurtheilt; die Frau, weil sie ohne polizeiliche Erlaubniß die Schriften öffentlich vertheilt habe, und Brandt, weil er hierzu die Frau verleitet hatte. Die Berufung der Angeklagten wurde aus folgenden, schon vom Schöffengericht angeführten Gründen zurückgewiesen: Es sei richtig, daß § 10 des preußischen Preßgesetzes nicht mehr in seiner ganzen Ausdehnung zu recht bestehe. Nach § 30 Absatz 2 des Reichsgesetzes über die Presse werde durch dieses Gesetz nicht beschränkt das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Anschlagen, Anheften, Ausstellen, sowie die öffentliche, unentgeltliche Vertheilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen. Somit habe § 10 des preußischen Preßgesetzes nur noch so weit Rechtskraft, als wie er sich auf Bekanntmachungen; Plakate und Aufrufe beziehe. Trotz dieser Beschränkung sei § 10 im vorliegenden Falle anzuwenden, denn der vom „Nordost" herausgegebenen Kalender sei nicht nur als Druckschrift, sondern auch als Schrift anzusehen, die Bekanntmachungen enthalte. Neben rein unterhaltenden und belehrenden Artikeln enthalte der Kalender in zwei Aufsätzen die Bekanntmachung von gesetzlichen Bestimmungen über die Reichstags-Wahlen und von solchen aus dem Vereinsgesetz, an die Erläuterungen geknüpft seien. Eine solche Wiedergabe von Gesetzesstellen sei als Bekanntmachung im Sinne des Gesetzes anzusehen. Allerdings seien die Gesetze schon längst in den gesetzmäßigen Formen bekannt gemacht worden; indessen sei anzunehmen, daß der Verfasser der Artikel sie für noch nicht genügend gekannt gehalten und mit der Veröffentlichung beabsichtigt habe, sie nochmals „bekannt zu machen". Also liege auch begrifflich eine „Bekanntmachung" vor, die der ganzen Druckschrift ihren Stempel aufdrücke. Zum Vertheilen der Kalender wäre deshalb die polizeiliche Erlaubniß erforderlich gewesen. — Die Angeklagten legten Revision ein und ihre Vertreter machten geltend, daß eine Bekanntmachung von Gesetzesstellen lediglich in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise erfolgen könne, nicht aber schon in einer Reproduktion gesetzlicher Bestimmungen zu sehen sei. Dem schloß sich der Oberstaatsanwalt am Kammergericht an, er beantragte jedoch die Zurückweisung der Sache in die Vorinstanz, damit diese nachprüfe, ob nicht etwa in einem der fraglichen Artikel ein Aufruf gefunden werden könne. Der Ferien-Strafsenat des Kammergerichts lehnte den Antrag ab, hob die Vorentscheidung auf und sprach die Angeklagten frei. Der Vorsitzende führte aus, der § 10 des preußischen Preßgesetzes sei thatsächlich noch giltig, soweit Bekanntmachungen, Aufrufe und Plakate in betracht kämen; im Gegensatz zu den Vorinstanzen müsse aber angenommen werden, daß Bekanntmachungen hier nicht vorlägen. Ein gewerbsmäßiger Druckschriftenvertrieb sei gleichfalls nicht anzunehmen, da die Frau die Schriften nur einmal für eine einmalige Entschädigung vertheilt habe. Bei der Klarheit des Sachverhaltes erübrige sich die Zurückweisung der Angelegenheit an das Landgericht.

Die grobe Unfugs-Geschichte von dem letzten Gewerkschaftsfest in Wiesbaden beschäftigte nochmals das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. Genosse Maurer war wegen groben Unfugs angeklagt worden, weil er bei dem Gewerkschaftsfest ein Hoch auf die revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie ausgebracht hatte. Dadurch sollten Gäste, die nicht zur Sozialdemokratie gehörten, belästigt worden sein. Nun wurde aber bereits in der Schöffengerichts-Sitzung festgestellt, daß Nichtsozialdemokraten gar nicht an dem Feste theilgenommen hatten. Der einzige Nichtsozialdemokrat war der überwachende Schutzmann. Aber die Polizei war findig. Sie erklärte, durch die an den Festsaal anstoßende Thür, die zeitweise offen gestanden, hätten andere sich im Wirthszimmer aufhaltende Gäste das Hoch hören und sich dadurch belästigt fühlen können. Schöffengericht wie Landgericht gingen aber auf diese Argumentation nicht ein und sprachen den Angeklagten frei. Nun wandte sich die Staatsanwaltschaft an das Oberlandesgericht, das sich heute mit der Sache zu befassen hatte. Aber auch hier hat sie kein Recht bekommen. Das Oberlandesgericht hat sich auf den Standpunkt des Landgerichts gestellt und die staatsanwaltschaftliche Revision verworfen. In den Entscheidungsgründen heißt es, daß an sich ein Hoch auf die revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie kein grober Unfug sei. Auch sei es unrichtig, wenn die Staatsanwaltschaft annehme, daß sich anderes Publikum, das nicht zur Sozialdemokratie gehört, durch das Hoch hätte belästigt fühlen können. Denn es sei erwiesen, daß nichts als Sozialdemokraten im Saale anwesend gewesen seien. Der anwesende Schutzmann könne nicht zum Publikum gezählt werden, da er als überwachender Beamter da war. Für die staatsanwaltschaftliche Annahme, daß im Nebenzimmer Gäste des Hoch hätten hören können, fehle der Beweis, daß der Angeklagte sich dessen bewußt gewesen sei. Mithin war die Revision zu verwerfen. Die Kosten hatte die Staatskasse zu tragen.

Herr Gräber, der erste Vorsitzende vom „Verein ehemaliger Kameraden des Infanterieregiments v. Stülpnagel", übersendet uns zu unserem Gerichtsbericht in Nr. 177 des „Vorwärts vom 31. Juli, betitelt „Das Allerhöchste Gnadengeschenk", folgende Berichtigung:

„Wir haben den Rechnungsrath a. D. Rossack vor den Strafrichter gezogen, weil er nach seinem Ausscheiden aus dem Vereinsvorstande mehrfach Aeußerungen gethan hat, die uns der Unterschlagung eines Theils der Allerhöchsten Ortes bewilligten Bronce bezichtigen. Diese Bezichtigungen und ihre erweisliche Unwahrheit bilden den Gegenstand der Privatklage. Dagegen haben Zwistigkeiten im Vorstande unseres Vereins nicht bestanden, seitdem Rossack den Vorsitz abtreten mußte. Diese Abtretung hängt mit der Verwendung der Bronce nicht zusammen."

Der Krieg.

Ueber die Friedensverhandlungen wird heute gemeldet: Die Maßregel, daß die Regierung alle Parteien über die Friedensbedingungen befragt, ist von der Bevölkerung günstig aufgenommen worden, und so hofft man, jeder nachträglichen Beschuldigung des letzten Kabinets zu entgehen. Der „Volks-Zeitung" wird hierzu aus Madrid telegraphirt: Da nach allgemeinem Eindruck die Möglichkeit zur Weiterführung des Krieges ausgeschlossen ist, werden sämmtliche von Sagasta befragten Politiker und Generale für den Frieden stimmen, der Friedensschluß ist demnach nur noch eine Frage von Tagen.

Offiziös wird aus Madrid gemeldet: Die Regierung hat sich noch in keiner Weise gebunden hinsichtlich der von den Vereinigten Staaten aufgestellten Friedensbedingungen. Wenn unter den zu Rathe gezogenen Politikern sich die Ansicht zu gunsten der Fortsetzung des Krieges geltend machen sollte, so würde das Ministerium dem Throne freistellen, neue Rathgeber zu wählen. Alle um ihre Ansicht befragten Personen beobachten Zurückhaltung bis auf Robledo, der sich für die Fortsetzung des Krieges erklärte.

In dem gestern unter Vorsitz der Königin-Regentin stattgehabten Ministerrathe gab Ministerpräsident Sagasta einen kurzen Ueberblick über die Entschließungen der Ministerberathungen der letzten Tage betreffend die Friedensverhandlungen. Eine endgiltige Entscheidung ist noch nicht getroffen worden. Sagasta wird die Besprechungen mit verschiedenen Politikern heute Abend fortsetzen.

Emilio Castelar, der gegenwärtig krank ist, ließ den Ministerpräsidenten Sagasta wissen, daß er für den Frieden sei. Indeß meine er, Spanien solle den Vereinigten Staaten gegenüber eine energische Haltung zeigen und seine Souveränetät über Portorico zu behalten suchen. Eine Konferenz des Karlistenführers in der Deputirtenkammer Barrio mit Sagasta wird nach Annahme der Karlisten nicht stattfinden. Marschall Martinez Campos soll in einer im „Liberal" veröffentlichten Unterredung sich als entschiedenen Befürworter des Friedens erklärt und gesagt haben, der Gedanke, die Friedens-Bedingungen abzulehnen, sei Thorheit.

Ein Regierungsdekret fordert zur Einstellung der Befestigungsarbeiten in den spanischen Hafenstädten auf.

Offiziell wird in Madrid bekannt gegeben, daß Amerika nur so lange die Stadt und die Bai von Manila besetzt halten wird, bis die Frage der zuständigen Regierungsform auf den Philippinen geordnet ist.

Aus Washington liegen die folgenden Depeschen vor: Ein Mitglied des Kabinets, welches gestern Nachmittag eine Unterredung mit dem Präsidenten Mac Kinley hatte, erklärte nach derselben, es sei sicher, daß die endgiltige Antwort Spaniens vor Sonnabend Nachmittag Mac Kinley offiziell mitgetheilt werden würde. Man erwartet jeden Augenblick, daß der französische Botschafter Cambon eine Unterredung mit dem Präsidenten nachsuche.

Die von Spanien geforderten Erklärungen werden hier als vollkommen gerechtfertigt angesehen. Es hat sich bisher nichts ereignet, was den guten Glauben Spaniens in Frage stellen könnte. Präsident Mac Kinley hat die von Cambon gestellten Anträge, betreffend eine Abänderung der Friedensbedingungen mit Ausnahme einiger Details, abgelehnt. Es ist indessen zweifellos, daß sich die Unterhandlungen im besten Gange befinden. Es ist bereits thatsächlich entschieden, daß die Friedenskommission in Paris zusammentreten wird.

Präsident Mac Kinley hat sich geweigert, über die von Spanien erbetenen Aufklärungen bezüglich Einzelheiten der Friedensbedingungen Auskunft zu geben. Er will auf Einzelheiten nicht eingehen, Spanien solle die Bedingungen vielmehr im ganzen annehmen. Im gestrigen Ministerrath wurden trotzdem einige vom französischen Botschafter aufgeworfene Fragen und Einzelheiten geregelt. —

Ueber die Lage auf Kuba melden die „Times" aus New-York vom 4. d. M.: Die Führer der amerikanischen Truppen bei Santiago erklärten dem General Shafter in einer Adresse, die Truppen müßten sofort in die Heimath zurückgebracht werden, wenn man sie nicht umkommen lassen wolle.

General Shafter erhielt hierauf den Befehl, seine Truppen unverzüglich nordwärts zu dirigiren. Sechs Transportschiffe, die augenblicklich in Santiago vor Anker liegen, werden morgen mit der Einschiffung der Truppen beginnen.

Die Amerikaner möchten schon deshalb gerne den Friedensschluß beschleunigen.

In einigen Widerspruch hiermit steht der erste Theil der folgenden Meldung des New-Yorker „Evening Post", die Regierung habe beschlossen, unverzüglich an mehreren Stellen der Nordküste Kuba's Truppen landen zu lassen. Die Friedensunterhandlungen seien bereits soweit vorgeschritten, daß die Regierung ihre Maßnahmen zur Errichtung einer Militärverwaltung auf Kuba treffen könne.

Aus Havana wird vom gestrigen Tage telegraphirt:

Die Spanier haben Gibara geräumt. Alsbald sind die Aufständischen in die Stadt eingerückt und haben 18 Freiwillige getödtet. — General Blanco hat ein Dekret erlassen, durch welches die Tagung des Inselparlaments suspendirt wird. Die Spanier schlugen die Aufständischen bei Monteverde und fügten ihnen beträchtliche Verluste zu.

Von Portorico liegen folgende Nachrichten vor:

Das Transportschiff „Massachusetts", welches vor einigen Tagen auf Grund gestoßen war, dürfte ein vollständiges Wrack werden. Die Truppen sind ausgeschifft worden.

Daß die Spanier trotz ihrer verzweifelten Lage die Lust noch nicht verloren habe, Siegesdepeschen zu versenden, geht aus der folgenden Nachricht aus Madrid hervor: Ein Telegramm aus Portorico meldet, daß die Insurgenten gestern geschlagen worden sind. Fast sämmtliche aufständische Freiwillige haben die Waffen gestreckt. Die Insurgentenbanden lösen sich überall auf.

Die Ladronen-Inseln werden auch in den von Amerika vorgeschlagenen Friedensbedingungen berührt. Ueber dieselben theilt ein langjähriger Bewohner der Inseln einem Vertreter des „Reuter'schen Bureaus" folgendes mit: „Die Inseln sind auf der direkten Straße zwischen Mittelamerika und Japan und China gelegen. Sie werden sich besonders als Kohlenstation nützlich erweisen, wenn der Panama-Kanal eröffnet wird. Früher bildeten die Ladronen eine Kohlenstation für alle Schiffe, die zwischen Amerika und Asien segelten. Besonders waren sie das Stelldichein für die Walfischfahrer. Trotz ihrer strategischen Bedeutung schenkte die spanische Regierung den Inseln wenig Beachtung, bis die Jesuiten sie unter der Regierung Philipp's IV. kolonisirten. Die Ladronen, die „Räuber-Inseln", bestehen aus 16 Inseln. Vier feuerspeiende Berge befinden sich auf der Gruppe. Die größte Insel ist Guam oder Guajan. Auf dieser befindet sich die Hauptstadt San Ignacio de Agana. Als die Spanier von den Ladronen Besitz ergriffen, hatten sie 100 000 Einwohner. Jetzt giebt es nur 7000 Eingeborene auf den Räuber-Inseln. Der Zweck der Spanier war, den großen britischen Seefahrern die Einnahme von Lebensmitteln abzuschneiden. Die Eingeborenen waren theilweise von derselben Rasse, wie die, die die Carolinen und Hawaii bewohnten. Die jetzige Bevölkerung der Ladronen besteht aus Abkömmlingen von Mexikanern, Spaniern und Tagalons (Filipinos). Sie reden ihre eigene Sprache. Seit 1825 hat die spanische Regierung die Inseln als Verbrecherkolonie benutzt. Früher waren die Ladronen reich an natürlichen Hilfsquellen. In den letzten Jahren aber mußte jährlich ein Schiff von Manila abgesandt werden, um der Noth zu steuern. Die Insel Rota ist voll von Schweinen, die die amerikanischen Walfischfahrer dort gelassen hatten und die sich außerordentlich vermehrt haben. Saipan und Rota hat ein Amerikaner gepachtet. Er beschäftigt 300 Arbeiter zum Einpökeln von Schweinefleisch. Dieses verkauft er an die Walfischfahrer oder theilweise nach Guam. Auf der Insel Tinian befindet sich eine Anstalt für Aussätzige. Aber Aerzte und Pfleger haben sie nicht. Die Hauptindustrie auf den Ladronen bildet gegenwärtig die Destillation von Alkohol aus Kokosnüssen. Eingeführt werden nur Kleider, Lebensmittel und Spirituosen. Der Alkohol geht nach den Carolinen, Neu-Guinea und den südlichen Inseln. In der letzten Zeit hat man auch Kamphor auf den Räuber-Inseln angebaut. Dieser wird nach Hongkong und Japan ausgeführt. An der Spitze der Verwaltung der Inselgruppe steht ein spanischer Oberst. In den letzten Jahren hat es nicht an Aufständen gegen dessen Diktatur gefehlt. Ein Gouverneur wurde erschossen."

Kurssteigerung der spanischen Werthe. Die Meldungen über den bevorstehenden Abschluß des Friedens haben eine sprunghafte Kurssteigerung der spanischen Werthe im Gefolge gehabt. Die vierprozentigen spanischen Exterieurs, welche bereits bis unter 80 pCt. gesunken waren, haben sich in Paris auf 41,75 pCt. erholt. Auch die kubanischen Bonds sind neuerlich gestiegen. Den Ausgangspunkt für die sprunghafte Hausse bildeten nebst der günstigen Gestaltung der Friedensverhandlungen überstürzte Deckungen der Contremine. Namentlich scheint die Spekulation in Spanien, welche von der finanziellen Lage des Landes eine sehr pessimistische Auffassung hat, sehr umfassende Bieneo-Abgaben vollzogen zu haben. Die Liquidation dieser Leerverkäufe führte nun zu überstürzten Deckungen, welche den Kurs der spanischen Rente in die Höhe hoben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 5. August. (W. T. B.) Der „Hamburgische Korrespondent" meldet: Auf Antrag des Fürsten Herbert Bismarck und auf Requisition des Landgerichts Altona ist seitens der Hamburger Polizeibehörden auf grund des § 123, Absatz 3 des Strafgesetzbuchs (Hausfriedensbruch) gegen die Photographen Wille und Priester eingeschritten worden, weil sie in der Nacht bald nach dem Ableben des Fürsten Bismarck im Schloß eingestiegen sind und photographische Aufnahmen der Leiche gemacht haben.

Hamburg, 5. August. (W. T. B.) Der Senat hat verfügt, den hier wegen Betruges verhafteten dänischen Abgeordneten Peter Holm aus Kopenhagen an Dänemark auszuliefern.

Wien, 5. August. (W. T. B.) In der heutigen letzten Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen und als nächster Kongreßort Brüssel gewählt. Sodann wurde der Kongreß geschlossen.

Luzern, 5. August. (W. H.) Gestern Nachmittag stürzten von der Ostseite des Stanzen-Horns die Touristen Moritz Guggenheim aus Baden im Aargau und Emil Bloch aus Bruck im Aargau ab. Ersterer war todt, letzterer, welcher sich während des Absturzes an Wurzeln festhalten konnte, wurde gerettet.

Paris, 5. August. (W. T. B.) Die Anklagekammer entschied, der Untersuchungsrichter Bertulus sei bezüglich der Untersuchung sämmtlicher dem Major du Paty de Clam zur Last gelegten Fälschungen unzuständig.

Paris, 5. August. (W. T. B.) Durch eine Gas-Explosion wurden drei mit Erdarbeiten an der Rue Dauphine beschäftigte Arbeiter schwer verletzt. Das Schaufenster eines benachbarten Ladens wurde durch die Explosion zertrümmert. — Ein auf dem Montmartre gelegenes Waschhaus stürzte nachmittags ein. Eine Frau und ein kleines Mädchen wurden getödtet, eine Frau schwer verletzt.

London, 5. August. (W. T. B.) Unterhaus. Drage fragte, ob das Auswärtige Amt offiziell davon informirt sei, daß eine Großmacht durch Pachtung oder anderweitig einen Hafen im persischen Golf zu erwerben wünsche. Parlaments-Untersekretär Curzon erwiderte, Gerüchte von einem derartigen Wunsche seien der Regierung allerdings von Zeit zu Zeit zugegangen; doch könne er nicht sagen, welches Gewicht denselben beizulegen sei. Etwa ⅔ des dortigen Handels seien im Besitze des vereinigten Königreichs und der britischen Besitzungen; auch seien die politischen und kommerziellen Verpflichtungen Großbritanniens im persischen Golf unzweifelhaft von so großer Bedeutung, daß sie der Regierung besondere Interessen in jenen Gewässern gäben.

Das Oberhaus nahm die dritte Lesung der Impfbill an.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Otto Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage.

Literarische Rundschau.

Illustrirter Neuer Welt-Kalender für das Jahr 1899. Hamburg, Auer & Co. Preis 40 Pf.

Soeben ist der neue Jahrgang des seit langen Jahren in den weitesten Arbeiterkreisen beliebten „Neuen Welt-Kalenders" erschienen, der sich diesmal durch eine Fülle wirklich guten Lesestoffes vortheilhaft auszeichnet. Besonders hervorzuheben scheint uns die gute Auswahl von belehrenden Artikeln aus den verschiedenen Wissensgebieten, doch sind daneben auch die Ansprüche des Lesers an unterhaltender Lektüre nicht zu kurz gekommen. „Förster Ruhland", eine anmuthige Erzählung von Wilh. v. Polenz, und die Humoreske „Seine Waffen" von Franz Kahler sind mit hübschen und charakteristischen Illustrationen geschmückt. Außerdem finden wir noch eine Menge theils der Unterhaltung, theils dem Scherz gewidmete kleine Geschichtchen und Gedichte, die viel dazu beitragen, den Inhalt mannigfaltig und abwechselungsreich zu gestalten und den verschiedensten Lesebedürfnissen zu genügen, sodaß jeder, „der Jüngling wie der Greis am Stabe", etwas für seinen Geschmack finden wird. — Die Mitte zwischen Unterhaltung und Belehrung hält Wilhelm Liebknecht in einer „Anno 1849" überschriebenen geschichtlichen Skizze, die seine Erinnerungen aus der fünfzig Jahre zurückliegenden schweizer Flüchtlingszeit festhält. Geschichtliche Erinnerungen, lustige Schwänke, ernste Begebenheiten, alles drängt sich hier in fesselnder Weise. — Von den belehrenden Artikeln des diesmaligen Neuen Welt-Kalenders nennen wir einen durch Illustrationen erläuterten Aufsatz über „Alte und neue Telegraphie" von Dr. Br. Borchardt, eine Schilderung der riesenhaften Eisenbahnbrücke zwischen Solingen und Remscheidt, einen ansprechenden Artikel von Ludw. Schönhoff über „Fremd- und Lehnworte als Sprachbedürfniß", einen populärmedizinischen Artikel des Dr. E. Schneider, der über „Richtiges und Falsches in der Naturheilkunde" handelt. Sehr interessant ist endlich ein mit Bildern geschmückter Artikel von Max Schippel, „Klondyke und die Goldsucher", der die großen Gefahren und die tausendfältigen Opfer an Menschenleben schildert, die mit der Goldgräberei überall verknüpft gewesen sind, — der aber auch darauf hinweist, daß die ehemals wüsten Länder, die von dem Goldgräberstrom aufgesucht wurden, in dessen Gefolge mit der modernen Kultur überzogen worden sind. — Zu nennen sind noch von dem Inhalt des Kalenders ein instruktiver Artikel von Pötzsch über den englischen Maschinenbauerkampf und besonders eine Schilderung des aufopferungsvollen Lebens der jüngsten Tochter von Karl Marx, Eleanor Marx, die jüngst infolge bitterer Lebenserfahrungen freiwillig aus dem Leben schied — und eine von Ignaz Auer geschriebene Darstellung des Bildungs- und Lebensganges unseres durch den Tod mitten aus der Arbeit herausgerissenen Karl Grillenberger. — Erwähnen wir endlich noch den prächtigen Bilderschmuck des Kalenders, unter denen uns die Bilder „Heimathlos" und „Wirthshaus an der Landstraße" die schönsten dünken, so müssen wir gestehen, daß sich der Kalender nicht nur auf der früheren Höhe gehalten hat, sondern diesmal seine Vorgänger überragt. Und wir dürfen die Erwartung aussprechen, daß der gute Ruf, dessen sich der „Neue Welt-Kalender" in weiten Volkskreisen erfreut, durch den Jahrgang 1899 neu befestigt werden wird.

P.

Brosch, Moritz, Geschichte von England. Zehnter Band. Gotha, Fr. Andr. Perthes, 1897. XIV u. 567 S. 8°. Preis 11 M.

Auch unter der neuen Redaktion von Lamprecht schreitet das von Heeren gegründete, nachher von Ukert u. Giesebrecht fortgeführte Riesenunternehmen der Geschichte der europäischen Staaten nur langsam fort. Mit dem vorliegenden Bande ist nun endlich die von Lappenberg 1834 begonnene Geschichte Englands abgeschlossen worden. Daß ein Werk, dessen Erscheinen sich durch zwei Menschenalter hinzieht, das drei nicht blos in der Auffassung, durchaus verschiedene Männer zu Verfassern hat, nicht als ein einheitliches betrachtet werden kann, bedarf keines Beweises. Der nun vorliegende Schlußband des Werkes behandelt die interessante Zeit vom Ende der napoleonischen Kriege bis 1850. Das Werk, eine ernste und fleißige Arbeit, wird mit Nutzen gelesen werden und zum Verständniß der inneren und äußeren Politik Englands beitragen. Mehr als in vielen anderen historischen Arbeiten deutscher Professoren ist der soziale Untergrund der Ereignisse behandelt. Bezeichnenderweise beginnt das Werk mit einer Untersuchung der Klassengegensätze Englands. Der Verfasser hat sich bemüht, Volkswirthschaft und Finanzen eingehender und gründlicher zu behandeln, als dies in ähnlichen Werken sonst üblich ist. Besonderen Werth legt er auf die parlamentarischen Kämpfe, die in der von ihm behandelten Zeit vor allem wegen der Fragen der Wahl-, Zoll-, Arbeiterschutz- und Koalitionsrechts-Reformen von höchster Bedeutung auch für die Tagespolitik sind. Die Verkommenheit der englischen Herrscherfamilie, zur Zeit des letzten Georgs und Wilhelms schildert er ganz rücksichtslos, auch die egoistische Politik der agrarischen Konservativen Englands sucht er nicht zu bemänteln, seine Beurtheilung der Arbeiterbewegung ist frei von Vorurtheilen.

Das Werk ist in frischer Weise geschrieben, hier und da läuft sogar ein fast burschikoser Ausdruck mit. Auffallend ist, daß Brosch mit keinem Worte der kymbrischen Bewegung Erwähnung thut, über deren Verbreitung und Bedeutung soeben Zimmer in den „Preuß. Jahrbüchern" hochinteressante Aufschlüsse gegeben hat.

Auf zwei Knappen fixirt der Verfasser seine Stellung zur materialistischen Geschichtsauffassung. Es ist charakteristisch, daß heute kein Historiker dieser Frage aus dem Wege gehen kann. Auf den Historikertagen, in der „Historischen Zeitschrift", in zahlreichen, fast fanatisch geführten Diskussionen wird heute diese Frage von den akademischen Vertretern der Geschichtswissenschaft, und nicht blos von den deutschen erörtert, was auf einen bevorstehenden Umschwung in der bisher sich nur zu treu an Ranke's und Treitschke's Vorbildern sich anlehnenden deutschen Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung hindeutet. Brosch faßt die materialistische Geschichtsauffassung viel zu enge auf. Er meint, daß diese die Produktions-Verhältnisse nicht blos für den Untergrund alles geschichtlichen Geschehens hält, sondern, daß sie diese als das allein verursachende Moment hält; er übersieht aber dabei, was Engels, Mehring, Kautsky ähnlichen Mißverständnissen gegenüber offen ausgesprochen haben, daß die geistigen Strömungen, die eine Folge der Klassenkämpfe sind, auf das historische Geschehen auch zurückwirken. Trotz der ablehnenden Haltung Brosch's, trotz seiner nicht genügenden Beschäftigung mit der authentischen Literatur über die materialistische Geschichtsauffassung ist er nicht unbeeinflußt von ihr, wie so manche Stelle seines Werkes zeigt, das zu empfehlen wir keinen Anstand nehmen.

—u—.

Dodd, Dr. Arthur. Die Wirkung der Schutzbestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter und die Verhältnisse im Konfektionsbetriebe in Deutschland. Vergleichende Untersuchungen. Jena, Verlag von Gustav Fischer. 1898. 234 S.

Hauptsächlich gestützt auf die Veröffentlichungen der Gewerbe-Inspektoren hat der Verfasser sich die Aufgabe gestellt, den gesetzlichen Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter zu verfolgen und nach Möglichkeit ziffernmäßig darzustellen. In einem Vergleich der gesetzlich geschützten Fabrikarbeiterinnen mit den Heim- und Werkstattarbeiterinnen in der Konfektionsindustrie kommt der Verfasser zu dem Ergebniß, daß erstere bedeutend günstiger dastehen als jene. Er verlangt deshalb die Ausdehnung eines ähnlichen Schutzes auf die Konfektionsindustrie und eine viel schärfere Kontrolle, als sie bei der jetzigen Anzahl der Gewerbeinspektoren möglich ist. Durch eine Vermehrung der Zahl derselben und ihre Entlastung von Thätigkeiten, die nicht zu der Gewerbeaufsicht gehören, erhofft der Verfasser eine wesentliche Besserung in den Zuständen der Hausarbeit. Im dritten Abschnitt ist ein umfangreicher, theils auf eigenen Untersuchungen beruhendes Material über die soziale Lage der Konfektionsarbeiter verarbeitet, das nur wieder von neuem die überaus traurige Lage dieser Arbeiterschaft illustrirt.

T.

Zucker ein Nährstoff. — Berlin, Verlagsbuchhandlung Paul Parey, 1898. — 16 S. — Preis 50 Pf.

Die ohne Angabe des Verfassers erschienene Schrift ist wohl aus den Kreisen der Zuckerinteressenten hervorgegangen, welche für die Abnahme der Ausfuhr einen Ausgleich durch gesteigerten Verbrauch im Inlande schaffen wollen. Es werden in kurzen Zügen die Bedeutung des Zuckers als Nahrungs- und Genußmittel, der Werth desselben für die Krankenkost u. s. w. hervorgehoben; der Hinweis darauf, daß Zucker als Nahrungsmittel durch Saccharin u. s. w. nicht ersetzt werden könne, fehlt natürlich nicht. Im ganzen hält sich die Schrift von Uebertreibungen frei und giebt somit zu Ausstellungen keinen Anlaß. Nur der Vorschlag, daß „auf Gütern und Fabriken, in denen ein Theil des Lohnes den Arbeitern in Naturalien ausgezahlt wird, hierbei auch Zucker" Verwendung finden soll, fordert denn doch zum Widerspruch heraus; ganz abgesehen von der Frage, ob ein solches Verfahren in Fabriken gesetzlich zulässig ist, wäre eine derartige Bevormundung der Arbeiter durchaus unberechtigt und außerdem kaum geeignet, für den Zuckerverbrauch besonders Stimmung zu machen.

Im übrigen ist wohl der Hinweis darauf am Platze, daß nichts so geeignet wäre, den Inlandsverbrauch des Zuckers zu heben, als eine Preiserherabsetzung, die wiederum leicht durch Aufhebung der Zuckersteuer zu erzielen wäre; allerdings dürfte die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren zu der letztgenannten Maßregel kaum zu erlangen sein, solange die Zuckerausfuhr-Prämien bestehen und deren Deckung den Ertrag der Inlandssteuer ganz oder zum größten Theile verschlingt.

Der Preis der Schrift ist im Verhältniß zu Umfang und Ausstattung derselben ein recht hoher; es wird dadurch die Erreichung des Zieles, für eine Steigerung des Zuckerverbrauchs zu wirken, kaum gefördert werden.

C. F.

F. A. Schröder, Die Rechtsunsicherheit der Volksschullehrer und der Schulbureaukratismus. Beleuchtet durch den Fall Zillig in Würzburg. — Leipzig, Alfr. Hahn, 1898. 136 S. Oktav. 1,20 M.

Verfasser bringt eine ausführliche aktenmäßige Darstellung der Maßregelung des Würzburger Volksschullehrers Zillig, um zu zeigen, welche Gefahr sich aus dem dabei zutage getretenen Bureaukratismus für die Rechtssicherheit der Volksschullehrer und für das Gedeihen der Volksschule ergiebt.

Der Anlaß des „Falles Zillig" liegt nicht auf politischem oder religiösem, sondern auf pädagogischem Gebiet. Z. ist wegen angeblicher Unzulänglichkeit seiner Leistungen und wegen angeblicher Renitenz gegen die seine Lehrweise beanstandende Behörde gemaßregelt worden. Die Maßregelung hat großes Aufsehen erregt, da sie einen Lehrer getroffen hat, der bis dahin als besonders befähigter und gewissenhafter Schulmann gegolten hatte und sich in der pädagogischen Literatur einen geachteten Namen gemacht hat. Nachdem Z. sein Lehramt 20 Jahre zur vollsten Zufriedenheit der Behörde ausgeübt hatte, begann die Beanstandung seiner Leistungen und seiner Lehrweise erst, als Schulrath Klemmert die Schulaufsicht in Würzburg bekam. Kl. fand, daß Z. nicht den Lehrplan befolge, und daß seine Klasse das vorgeschriebene Ziel nicht erreiche. Da Z. an seiner Lehrweise festhielt und auf die Beanstandung mit einer freimüthigen Kritik der pädagogischen Grundsätze des Schulraths sowie des Lehrplans der Würzburger Volksschule antwortete, so erfolgte die Maßregelung: Die Lokalschulkommission bestrafte Z. mit einem Verweis nebst Eintragung in die Qualifikationsliste, der Magistrat fügte die Vorenthaltung der fälligen Gehaltszulage hinzu, und die Regierung sowie der Kultusminister bestätigten das Urtheil.

Nach der Darstellung der Broschüre ist Z. weder wegen seiner Leistungen noch wegen seines dienstlichen Verhaltens, sondern wegen seiner pädagogischen Ueberzeugung gestraft worden. Die Maßregelung sei darauf zurückzuführen, daß Kl. als Pädagoge einen Standpunkt einnahm, den Z. von jeher scharf bekämpft hatte. Obenein habe Kl. die Klasse Z.'s so mangelhaft geprüft, daß er sich garnicht über sie habe informiren können. Neben diesen persönlichen Momenten macht Verfasser für die dem Z. widerfahrene Unbill den Schulbureaukratismus verantwortlich, der die mechanische Ableistung des Vorgeschriebenen fordere, auch wenn die Vorschrift verkehrt sei und der Ueberzeugung des Lehrers widerspreche. Er beklagt die Rechtsunsicherheit des Lehrers, der unter solchen Umständen völlig machtlos sei, wenn es der Behörde an Einsicht fehle.

Die Schilderung des Schulelendes, wie es nach des Verfassers Ansicht bei allgemeiner Anwendung des im Fall Z. befolgten Verfahrens eintreten müßte, — wo die Lehrer als „gedrückte Arbeiter" „freudlos in einem kärglichen Beruf jahraus jahrein ihr Tagewerk ableisten, beständig ihre Sorge vor der Visitation und ihrem erbarmungslosen Altemaßstab", wo infolge dessen auch Kinder „Tag um Tag ohne frohe Theilnahme und geistige Erhebung ängstlich ihr Pensum abdienen", — diese Schilderung paßt leider zum theil schon auf die heutigen Verhältnisse. Man sieht ja selbstbewußte Persönlichkeiten und charakterfeste Männer — ganz gleich, ob sie ihre Individualität auf pädagogischem oder auf anderen Gebieten zur Geltung bringen wollen — überhaupt nicht gern unter den Volksschullehrern. Auch die freisinnigen Gemeindeverwaltungen der größeren Städte, einschließlich Berlin, bilden in dieser Beziehung keine Ausnahme. Solche Lehrer passen auch wirklich nicht recht in den Volksschulorganismus hinein. Sie sind — selbst wenn ihnen, wie dem Lehrer Z., „Christus das Ziel der Erziehung" ist — wenig geeignet, aus der Volksschuljugend ein Geschlecht heranzubilden, das geduldig die geistige Knechtschaft erträgt, die die besitzende Klasse dem Proletariat mit der wirthschaftlichen Knechtung aufzuzwingen bemüht ist. Wer selber ein „unruhiger Kopf" ist, kann nicht die Kinder des Volkes zu „ordnungsliebenden" Staatsbürgern und demüthigen Christen erziehen. Darum wird die besitzende Klasse stets durch ihre Organe zu verhindern suchen, daß der Volksschullehrer zu selbstbewußt auftritt — wobei ihr der Kampf um ideale Güter ganz ebenso gefährlich erscheint, wie der um die materiellen Interessen der Lehrerschaft.

hm.

Kommunales.

Aus der Magistratssitzung. Eine Zentralbibliothek für höheres Schulwesen, mit Auskunftsstelle, will der Kultusminister in Berlin begründen. Dieselbe soll zur Sammlung der gesammten Unterrichtsliteratur auf diesem Gebiete dienen und dadurch die Orientirung über die vorhandenen wie auch die Auswahl der zur Anschaffung geeigneten Lehrmittel für die betheiligten Anstalten erleichtern. Die Sammlung würde auf dem Gebiete des Volksschulwesens gleichartige Zwecke wie das städtische Schulwesen verfolgen. Selbstverständlich würde diese Einrichtung auch den städtischen höheren Lehranstalten Berlins zu gute kommen und den Direktoren und Lehrern der letzteren zur Benutzung freistehen. Bevor jedoch der Minister wegen Bereitstellung der Mittel weitere Schritte einschlage, sei es ihm erwünscht zu erfahren, ob der Magistrat im Hinblick auf das Interesse der Stadt geneigt sein würde, das Zustandekommen durch unentgeltliche leihweise Bereitstellung der erforderlichen Räumlichkeiten zu fördern; nach sachverständiger Schätzung würden drei bis vier größere Zimmer zur Aufnahme der Sammlung genügen. Erreichbare Lage im Westen oder im Zentrum der Stadt würde erwünscht sein. Das Magistratskollegium hat beschlossen, dem Minister die Antwort zu ertheilen, daß der Magistrat bereit sei, die Angelegenheit zu fördern, und er werde, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, die erforderlichen Räume zur Verfügung stellen.

Dem soeben fertiggestellten Berichte der städtischen Stiftungsdeputation für das Verwaltungsjahr 1897/98 entnehmen wir, daß bis zur Stunde die landesherrliche Genehmigung zur Annahme der Zuwendung der Simon Blad'schen Stiftung noch nicht ertheilt ist, doch soll dieselbe voraussichtlich in nächster Zeit erfolgen. Die erhebliche Zuwendung der Frau Ida Becker geb. Naumann im Betrage von 736 998 M. zur Begründung eines Asyls für Blinde hat die kaiserliche Genehmigung erhalten. Es dürften somit in nicht allzulanger Zeit die betreffenden Maßnahmen getroffen werden, um den Intentionen der Erblasserin zu entsprechen. — Die Vertheilung einer größeren Anzahl Heizunterstützungen ist der Deputation im abgelaufenen Winterhalbjahr wiederum möglich gewesen. Der im Vorjahre verbliebene Baarbestand, der ausschließlich der aufgelaufenen Zinsen rund 4188 M. betrug, erfuhr eine Vermehrung durch Geschenke im Betrage von 10 142 M., sodaß der Deputation für den angeregten Zweck einschließlich der aufgelaufenen Zinsen insgesammt rund 14 450 M. zur Verfügung standen. In Ansehung des überaus milden Winters hat die Deputation nur rund 6750 M. verbraucht, so daß noch ein Baarbestand von etwa 7700 M. zur Verwendung für den kommenden Winter verbleibt.

Die Große Berliner Straßenbahn hat der städtischen Verkehrsdeputation mitgetheilt, daß die Einrichtung der Bahnstrecken Spittelmarkt—Schlesisches Thor für den elektrischen Oberleitungsbetrieb soweit fertiggestellt ist, daß die Prüfung und Abnahme erfolgen könne.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hat beim Polizeipräsidenten den Antrag auf Genehmigung zur Herabsetzung des Fahrpreises der Linie Hallesches Thor—Landsberger Thor von 15 auf 10 Pf. gestellt. Dem Antrage ist vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats entsprochen worden und ist derselbe ersucht worden, zu der im Interesse des Publikums liegenden Fahrpreisermäßigung baldigst sein Einverständniß nachträglich zu erklären.

Lokales.

Die Besucher des Sängerfestes in Pichelsdorf werden darauf hingewiesen, um bei der Rückfahrt den großen Andrang an den Billetschaltern zu vermeiden, die Fahrkarten möglichst doppelt zu lösen. Ferner diene zur allgemeinen Kenntniß, daß die Bahnverwaltung die Einstellung von Extrazügen, nach Bedarf auf allen in Betracht kommenden Strecken, zugesagt hat. Den Festtheilnehmern bringen wir nochmals die Lokalliste für Spandau-Pichelsdorf in Erinnerung. In der Nähe des Festplatzes kommen die Lokale von Reinsberg und „Schloß-Park" in Betracht, welche für die Arbeiterschaft gesperrt sind. Auf Pichelswerder ist nur der „Inselgarten" von Freund frei. Ferner sind zu empfehlen für Pichelsberge das Lokal von Heubeck (Sechser-Brücke) und für Spandau folgende Lokale: G. Dukisch, Bismarckstr. 6; G. Feuerherd, Scharfe Lanke 1; Ww. Golz, Pichelsdorferstraße 108; O. Hallecker, Frobenstraße 12; C. Klünzsch, Pichelsdorferstr. 103; Rud. Radtke, Neumeisterstr. 5 und Wehe, Pichelsdorferstr. 39.

Der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes.

Eine neue Anwendung des groben Unfug-Paragraphen empfehlen die „Münch. Neuest. Nachr.". Der Berliner Berichterstatter dieses in Bismarck-Enthusiasmus sich nicht genug thuenden Blattes ist tief in seinem Empfinden verletzt, daß die Nummer des „Vorw." mit seinem Leitartikel über den Tod des Fürsten Bismarck in der Friedrichstadt ausgeboten wurde. Er verlangt, daß ihm der grobe Unfug-Paragraph beistehen möchte. Dem Milieu des Herrn mag es ja besser entsprechen und seinem Empfinden näher kommen, wenn ihm von lärmenden Verkäufern in der Friedrichstadt schlüpfrige Lektüre unter die Nase gehalten wird. Es giebt sehr viel Leute, die sich in diesem Schmutz wohl fühlen und denen jedes Geruchsempfinden abhanden gekommen ist. Diese Flaneurs der Friedrichstadt gerathen in eine Scheu vor dem „Vorwärts", als wie das bekannte Thier vor dem rothen Lappen. Uebrigens sei bemerkt, daß der „Vorwärts" diesem Verkauf ganz fern steht, wie jeder im Zeitungsfach Bewanderte wissen sollte. Der Sache bemächtigen sich Leute, die dann vom geschäftlichen Standpunkt mit ebensoviel Lärm ein Extrablatt aus bürgerlichem Verlag, eine Thronrede oder eine sensationelle Kundgebung emsig anpreisen und verkaufen.

Gegen eine gewisse Art von Krankenkassen sind uns in letzter Zeit aus dem Kreise unserer Leser mehrfach Klagen zugegangen. Es handelt sich hier um freie Hilfskassen, deren Gründung zurückzuführen ist auf das Betreiben einzelner geschäftskundiger Personen, denen es hauptsächlich darauf ankommt, sich als leitende Vorstandsmitglieder eine Einnahmequelle zu verschaffen. Solchen Personen ist es nicht schwer, eine Anzahl von Interessenten zu finden, die die Gründung einer freien Hilfskasse beschließen. Dann werden Statuten festgesetzt, die natürlich den Anforderungen des Gesetzes über freie Hilfskassen genügen und deshalb von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden. Solange die Mitgliederzahl noch schwach ist, kann begreiflicherweise für Gehälter — und um solche ist es ja den leitenden Personen in erster Linie zu thun — nicht viel ausgegeben werden. Es gilt also, recht viele Mitglieder zu werben. Zu diesem Zweck werden Agenten angestellt und reklamehafte Anpreisungen in die Welt geschickt, in denen es u. a. heißt: „Freie Arztwahl", „niedrige Beiträge, hohes Krankengeld", „keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme" u. s. w. Durch derartige Reklamen, sowie durch die Redegewandtheit der Agenten lassen sich denn auch viele bewegen, solchen Kassen beizutreten. Die Mitglieder rekrutiren sich meist aus dem Arbeiterstande. Ein Grund zum Beitritt ist namentlich der, daß die Kassen auch die Familienangehörigen der Versicherten aufnehmen, wodurch also den Frauen der Beitritt ermöglicht wird. Hauptsächlich läßt sich aber so mancher Arbeiter deshalb zum Eintritt in die Kasse bewegen, weil seine Aufnahme nicht von einer ärztlichen Untersuchung seines Gesundheitszustandes abhängig gemacht wird. Statt dessen aber hat der Aufnahmesuchende ein Formular auszufüllen, in welchem unter anderem auch die Frage nach seinem gegenwärtigen Gesundheitszustand, sowie nach etwaigen früheren Erkrankungen gewissenhaft zu beantworten ist. Macht der Betreffende nun in gutem Glauben auch nur die geringsten objektiv unwahren Angaben in dieser Hinsicht, so kann er im Falle der Erkrankung, auch wenn er jahrelang seine Beiträge entrichtet hat, vom Bezuge der Unterstützung ausgeschlossen werden. Wenn man bedenkt, daß wohl so mancher, der sich für vollkommen gesund hält, trotzdem an irgend einem ihm selbst nicht bekannten Gesundheitsdefekt leidet, oder daß

er vielleicht vor Jahren an irgend einem Uebel, welches nach seiner Auffassung keine Krankheit ist, gelitten hat, so leuchtet ohne weiteres ein, daß es dem Vertrauensarzt der Kasse, von dem auf Verlangen des Vorstandes jeder Patient untersucht werden kann, ein Leichtes ist, festzustellen, daß das Mitglied den Fragebogen nicht wahrheitsgemäß beantwortet und deshalb keine Rechte an die Kasse hat. Der leitende Grundsatz der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder ist eben der, den Eintritt in die Kasse möglichst zu erleichtern, damit man recht viele zahlende Mitglieder bekommt, den Bezug von Unterstützungen aber nach Möglichkeit zu erschweren, weil ja vor allem recht ansehnliche Gehälter erzielt werden sollen. Gelingt es dem Vorstande, mit den Mitteln einer marktschreierischen Reklame eine große Mitgliederzahl zu erhalten, so kommen die geschäftsgewandten Leiter auf ihre Rechnung, und man hat auch nicht nöthig, die Bestimmungen des Statuts den bezugsberechtigten Mitgliedern gegenüber allzu rigoros in Anwendung zu bringen. Bleibt die Kasse dagegen schwach, so sucht man den Bezug von Krankengeld mit allen statutarischen Mitteln — und deren giebt es genug — zu erschweren, und wenn es garnicht mehr weiter geht, dann bleibt eben nichts weiter übrig, als die Kasse aufzulösen, in welchem Falle die Mitglieder allein die Geschädigten sind.

Nach alledem können wir den Interessenten rathen, vorsichtig zu sein gegenüber solchen Hilfskassen, die durch redegewandte Agenten und durch reklamehafte Anpreisungen Mitglieder zu erwerben suchen.

Man möge sich wenigstens vor dem Eintritt in eine solche Kasse deren Statuten und Abrechnungen ganz genau ansehen. Wenn die Verwaltungskosten, namentlich die Gehälter der leitenden Personen im Vergleich zu den Aufwendungen für Krankenunterstützung unverhältnißmäßig hoch sind, so ist man berechtigt, solchen Unternehmungen zu mißtrauen. Wer aus irgend einem Grunde einer Ortskasse nicht angehören mag, oder wer sich neben dieser noch in einer anderen Kasse versichern will, der thut am besten, wenn er sich einer derjenigen freien Hilfskassen zuwendet, die von Arbeitern gegründet sind, und in der selbstlosesten Weise verwaltet werden. Diese Kassen haben auch meist durch langjährige Thätigkeit bewiesen, daß es ihnen selbst unter den größten Schwierigkeiten einzig und allein um die Fürsorge für ihre kranken Mitglieder zu thun ist.

Die königliche Bibliothek. Die von den Zeitungen verbreitete Nachricht, der Magistrat beabsichtige, der Staatsregierung ein geeignetes Terrain zum Neubau der königlichen Bibliothek anzubieten, entbehrt, wie wir von zuständiger Seite erfahren, der Begründung. Der Magistrat hat nur in einer seiner letzten Sitzungen, wie bereits mitgetheilt, beschlossen, gegen die Verlegung der Bibliothek vorstellig zu werden, von der Anbietung eines Terrains zum Bau der Bibliothek ist keine Rede gewesen, auch nicht einmal ein dahinzielender Gedanke aufgetaucht. In städtischen Kreisen ist man überhaupt der Ansicht, daß, wenn irgend eine Aufgabe dem Staate zufiele, diese voll und ganz ihm zukomme. Die königliche Bibliothek, wenn dieselbe auch ihren Platz in der Residenz habe, komme doch nicht blos Berliner Bürgern, sondern in überwiegender Zahl den Angehörigen des Deutschen Reiches und des preußischen Staates sowie der ausländischen Welt zu gute. Für solche Zwecke hat der Staat die Mittel zu geben.

Elektrischer Schiffszug. Die hiesige Firma Siemens u. Halske ist gegenwärtig mit der Herstellung eines elektrischen Schiffszuges zur Fortbewegung von Kähnen auf dem Finowkanal zwischen Ragöser Schleuse und Eberswalde beschäftigt. Zunächst soll die Anlage, deren Fertigstellung voraussichtlich bis zum Herbst erfolgen wird, nur Versuchszwecken dienen; sofern sie sich jedoch bewährt, wird die Benutzung von Dampfkraft, Zugthieren u. s. w. zur Fortbewegung von Fahrzeugen im Interesse des Flußbettes und Treidelsteiges ganz untersagt werden und nur der elektrische Schiffszug in Anwendung kommen.

Aus dem Reiche des Blödsinns. Wie hiesige Blätter berichten, werden in spiritistischen Kreisen unausgesetzt Versuche angestellt, das Phänomen des eisernen Kanzlers in den Bambereich mediumistischer Kunst zu bringen. In einem der vornehmsten und exklusivsten Zirkel, dem ein Professor, ein Apotheker und eine Anzahl anderer bekannter hiesiger Spiritisten angehören, ist es, soweit die Aussage des Mediums dies verbürgt, gelungen, den Geist des soeben verschiedenen Staatsmannes zu zitiren. Das Medium, die Gattin eines hiesigen Industriellen, will den Fürsten im Trancezustande erblickt haben. Mit schmerzbewegter Miene habe der Fürst das Medium angesehen, er sei aber auf jeden anderen Rapport hin stumm geblieben. Das Ereigniß wird lebhaft besprochen und in den nächsten Tagen, sobald sich das Medium von der gehabten furchtbaren Nervenaufregung erholt hat, sollen weitere Versuche nach dieser Richtung hin angestellt werden. (??)

Ein tragikomischer Vorgang spielte sich am Donnerstag Nachmittag um 3¾ Uhr auf dem Wege nach Plötzensee hinter der Fennbrücke ab. Ein älteres Ehepaar ging in Begleitung eines Hundes am Wasser entlang und die Frau setzte ihren Liebling in das kühle Element. Das Thier schwamm der Mitte des Kanales zu, sank aber dort unter. Die anfängliche Freude des Ehepaares über den munteren Schwimmer verwandelte sich in jähen Schrecken, und die Gattin bot bei ihrem Eheherrn alles auf, um ihn zur Rettung des geliebten Hundes in das Wasser zu drängen. Der Mann aber wich, je eindringlicher die Zureden wurden, desto mehr vom Wasser zurück. Da erschienen mehrere junge Leute, die sich auf dem Wege nach der Badeanstalt befanden. An einen von diesen richtete die Frau das Ersuchen, ihr den Liebling zu retten und ließ sich auch durch eine derbe Abweisung nicht zurückhalten, ihre Bitten zu wiederholen. Der junge Mann ließ sich umstimmen, warf Rock, Hut und Stiefel ab und hatte auch bald das theure Kleinod auf das Trockene gebracht. Die Besitzerin drückte das triefende Thier hochbeglückt ans Herz und der Gatte belohnte den muthigen Retter mit einer Mark.

Echt großstädtisch! Ein Leser schreibt uns: In der Pflugstraße werden zur Zeit mehrere Neubauten aufgeführt, die die Passage nach dem Stettiner Tunnel stark beengen. Namentlich wenn die Arbeiter in den umliegenden Fabriken von oder nach der Arbeit gehen, ist es schwarz von Menschen, die sich durch Geröll und Bauschutt durchdrängen müssen. Man sollte nun meinen, daß doch die Polizei ihr Augenmerk auf diesen Uebelstand ganz besonders lenken würde. Aber bisher ist dies nicht geschehen. Diese Straße scheint den Bauunternehmern zu gehören. Das Publikum muß sehen, wie es mit heilen Knochen hindurch kommt und kann froh sein, wenn ihm die Kleider nicht noch beschmutzt werden. Die Hälfte der Straße wurde bisher von Ziegelsteinen, Lehm, Sand und Kalk eingenommen, der andere Theil von Arbeitsfuhrwerk, so daß der für Passanten verfügbare Raum der über 20 Meter breiten Straße zeitweilig noch nicht einen Meter betrug. Wiederholt habe ich über 5 Minuten warten müssen um hindurchzukommen, zweimal wäre ich beinahe verunglückt. Als ich daher am Montag einen Schutzmann in nächster Nähe der Neubauten erblickte, glaubte ich, daß nun Erleichterung geschaffen werden würde. Wer beschreibt aber mein Erstaunen, als ich gestern auf einmal sieben oder acht Schutzleute wahrnahm, die die Straße von Menschen freihielten. Nun, da ist gewiß ein Unglück passirt, deshalb das Aufgebot von Schutzleuten; so meine Vermuthung. Ich wollte gern fragen, wie viel Mann verunglückt sind, aber die Polizeibeamten gingen so energisch auf und ab, daß ich lieber vorzog, einige weiter abstehende Arbeiter zu fragen. Ich hätte eher eine Ohrfeige erwartet, als die Antwort, die ich erhielt. Da war kein Unglück geschehen oder dergleichen, nein, fleißige Arbeiter hatten vorige Woche nicht ihren ganzen Wochenlohn ausbezahlt bekommen, heute verlangten sie den Rest von voriger Woche ausbezahlt. Deshalb also das Aufgebot von Schutzleuten. Ich hatte genug gehört und wußte nun, wozu die Polizei erschienen war.

Auf der Straßenbahnlinie Großgörschenstraße-Schlesisches Thor hat gestern die erste Probefahrt mit Akkumulatorenwagen stattgefunden. Dieselbe hatte auf der übrigens durchweg ebenen Strecke einen guten Verlauf. Die Eröffnung des elektrischen Betriebes dürfte, falls die polizeiliche und ministerielle Abnahme noch rechtzeitig stattfindet, heute erfolgen. Auf der Linie kommt der gemischte Betrieb zur Anwendung. Auf den Strecken Großgörschen- bis zur Bülowstraße und vom Spittelmarkt bis zum Schlesischen Thor ist die Stromzuführung eine oberirdische, von der Bülowstraße bis zum Spittelmarkt tritt Akkumulatorenbetrieb ein.

Voraussichtlich ebenfalls noch ist diesem Monat wird auf der Linie Behrenstraße-Treptow der elektrische Betrieb aufgenommen werden. Es handelt sich hier noch um die Fertigstellung der Geleisauswechselung, da die Wagen von der Behrenstraße bis zum Spittelmarkt mit Akkumulatoren betrieben werden, während vom Spittelmarkt aus bis Treptow bereits eine betriebsfähige Stromleitung vorhanden ist. Mit dieser Linie wird dann der Pferdebahnbetrieb nach Treptow gänzlich beseitigt.

Eine Razzia auf der gesammten Feldmark und besonders den an die bebauten Stadttheile sich anschließenden noch freien Bauterrains von Schöneberg hat vor kurzem die dortige Polizei vorgenommen. Mit dem Aufgebot der ganzen verfügbaren Schutzmannschaft wurde unter Führung der Vorsteher aller vier Polizeireviere der Stadt hauptsächlich die nähere Umgebung der letzteren gründlich durchsucht. Und das Ergebniß der Streife bestand in 16 männlichen Individuen, darunter einem schon seit 1894 von der Berliner Polizei verfolgten „schweren Jungen", die sämmtlich im Freien, auf Baustellen 2c. nächtigten und deshalb nun von der Polizei zunächst geeignetere Schlafstellen auf den Revierwachen erhielten. Außerdem fanden die Beamten auf einem wüst daliegenden Bauterrain an der Feurigstraße die Leiche eines unbekannten Lebensmüden, der sich dort an dem Pfosten eines Bauzaunes erhängt hatte.

Von der blanken Waffe machte am Donnerstag Nachmittag ein Schutzmann am Schlesischen Busch Gebrauch. Der Beamte, der gegen 5 Uhr nachmittags in der Anlage Dienst hatte, bemerkte einen etwa 30jährigen Mann, der bei seiner Annäherung in ein Buschwerk sprang und sich dort versteckte. Der Schutzmann eilte nach und wollte den Fremden sistiren. Hierbei stieß er jedoch auf einen so energischen Widerstand, daß er das Nothsignal abgeben mußte und zu seiner eigenen Sicherheit blank zog. Erst als ein zweiter Beamter hinzukam, gelang es, den Exzedenten zu sistiren. Auf der Polizeiwache machte der Festgenommene über seine Persönlichkeit falsche Angaben; er wurde infolge dessen in Haft behalten und dem Polizeipräsidium zugeführt. Der Umstand, daß der Verhaftete die genaue Personalangabe verweigert, läßt darauf schließen, daß derselbe ein jedenfalls schon längere Zeit gesuchter Verbrecher sein dürfte.

Fahnenflüchtig ist aus dem Palais des Prinzen Albrecht von Preußen der Gefreite Elgers, der dem Königs-Husaren-Regiment in Bonn angehört und als Bursche zu dem Adjutanten des Prinzen, Lieutenant Frhr. v. W., kommandirt war. Ihm lag ob, während der Abwesenheit des Offiziers die Pferde zu bewegen. Hierbei ließ er fremde Reiter zu und nahm dafür Bewirthungen in Gastwirthschaften entgegen. Außerdem scheint ihm sein Einkommen nicht genügt zu haben, denn mit der Begleichung der Futterrechnungen ist nicht alles in Ordnung. Wegen dieser Vorfälle sollte er abgelöst werden, hatte aber davon nicht früher erfahren, als bis sein Ersatzmann hier angelangt war. Als ihm die Sachlage klar wurde, entfernte er sich in Zivilkleidung mit der Aeußerung, daß er sich lieber das Leben nehmen, als nach Bonn zurückkehren würde. Obgleich seit dem Verschwinden schon mehrere Tage verflossen sind, so ist E. bisher weder lebendig noch todt zum Vorschein gekommen.

Ein trauriges Ende hat ein Liebesroman genommen, dem ein junges blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist. In einem Putzwaarengeschäft in der Müllerstraße war seit etwa Jahresfrist die in der Prinzen-Allee bei ihren Eltern wohnhafte 16jährige Paula P. als Verkäuferin in Stellung, woselbst sie den 24jährigen Reisenden Bruno A. kennen lernte. Zwischen den beiden jungen Leuten entspann sich ein Liebesverhältniß, welches mit Bewilligung der Eltern durch eine Verlobung gekrönt wurde. Bald nachdem trat der junge Bräutigam eine Geschäftsreise an, doch schon einige Wochen darauf erhielt das junge Mädchen aus Posen ein Schreiben von ihrem Verlobten, in welchen ihm derselbe die Mittheilung machte, daß er das eingegangene Verhältniß auflöse. Das arme, um ihr junges Liebesglück betrogene Mädchen verfiel in tiefe Schwermuth, so daß es schließlich aus seiner so lange inne gehabten Stellung entlassen werden mußte. Um die Beklagenswerthe auf andere Gedanken zu bringen, empfahl der zu Rathe gezogene Arzt einen Aufenthalt auf dem Lande. Die betrübten Eltern brachten daraufhin ihre Tochter zu Verwandten nach Falkenberg in der Mark. Dort ist nun die Unglückliche plötzlich in Tobsucht verfallen, so daß sie nach der Brandenburgischen Provinzial-Irrenanstalt in Eberswalde überführt werden mußte.

Todtgefahren. Am Donnerstag Nachmittag um 6 Uhr wurde das zweijährige Kind Erna Kleyda aus der Georgenkirchstr. 5 todtgefahren. Die Kleine hatte sich auf den Straßendamm gewagt und wurde von dem Wagen des Hermann Richter gefaßt und sofort getödtet. Inwieweit diesen eine Schuld trifft, kann vor der Beendigung der Vernehmungen nicht beurtheilt werden.

Mit dem Rade stürzte am Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr die Gattin des Kaufmanns Gleiwitz aus der Müllerstraße. An der Ecke der Lindowerstraße lief ihr ein elfjähriger Knabe in die Fahrrichtung. Um diesen nicht zu verletzen, versuchte Frau G. das Rad anzuhalten und auszubiegen; dabei kam sie zu Fall und brach den rechten Unterschenkel.

Die Sedanfeier wird seitens der städtischen Behörden nur noch in diesem und im nächsten Jahre offiziell begangen werden. Vom Jahre 1900 soll die Kriegsfeier eingestellt werden. Wenn es früher geschehen wäre, verdiente der Magistrat wirklich ein Lob.

Das Schiller-Theater wird am 1. September mit Shakespeare's Hamlet eröffnet. Es ist dies die erste Vorstellung im ersten Quartal, welches außer Hamlet noch folgende vier Stücke umfaßt: Der politische Kannegießer von Holberg, Die Braut von Messina von Schiller, Die Haubenlerche von Wildenbruch und Mauerblümchen von Blumenthal. Die Ausgabe der Abonnementshefte für dieses Quartal beginnt wieder am 16. August.

Straßensperrung. Der Kreuzdamm der Metzer- und Straßburgerstraße wird behufs Umpflasterung der östliche Damm der Greifswalderstraße von der Frieden- bis zur Danzigerstraße behufs Herausnahme einer Gasrohrleitung vom 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Die Urania wird nach dreiwöchentlichen Ferien heute, Sonnabend, wieder eröffnet und wird im wissenschaftlichen Theater das dekorative Ausstattungsstück „Vom Matterhorn zur Jungfrau" in der nächsten Zeit noch das Repertoir beherrschen.

Die Arbeiter der Firma Grunauer u. Co. machen heute eine Dampferpartie nach dem für Vereine und geschlossene Gesellschaften gesperrten Lokal von Schröder in Schildhorn.

Die Lokalkommission.
J. A.: Oskar Mahle

Der Verein „Jugendschutz" theilt mit, daß sich wieder einige junge Mädchen für die Haushaltungsschule des Vereins melden können. Die Unterweisung erfolgt in Kinderpflege, Kochen, Wäschebehandlung, Nähen, Schneiderei und Putz. Unbemittelte erhalten Ermäßigung. Meldungen nach der Rückkehr der Vorsitzenden Frau Dr. Bieber-Böhm wieder in deren Wohnung C. Kaiser Wilhelmstraße 39 II von 9—10 und 3—4 Uhr. Der Verein steht jungen Mädchen mit Rath und Hilfe zur Seite.

Feuerbericht. Freitag früh 1 Uhr war Warschauerstr. 46 ein kleiner Küchenbrand abzulöschen. Um 6 Uhr erfolgte in der Druckerei von Gebrüder Radetzky, Ritterstr. 78, ein Schadenfeuer, das erst nach längerer Zeit beseitigt werden konnte. Mittags 12 Uhr gingen Gormannstr. 2 Gardinen in Flammen auf. Wienerstraße 30a hatte sich gegen 2 Uhr in einer Schleiferei Putzstaub entzündet, wobei auch die Treibriemen in Brand geriethen. Infolge blinden Lärms hatte die Wehr im Laufe des Tages noch einen Alarm nach Raunynstr. 3.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schöneweide. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins ist eine Generalversammlung und findet am Sonnabend, den 13. August, bei Haferland statt.

Das Rüdersdorfer Bergmannsfest. Zu dem am nächsten Sonntag in Kalkberge-Rüdersdorf stattfindenden Bergmannsfest sei darauf hingewiesen, daß daselbst den Arbeitern kein Lokal zur Verfügung steht. In der ganzen Umgegend giebt nur Robert Zademack in Dorf Rüdersdorf den Arbeitern seinen Saal zu Versammlungen. Derselbe ist auch wohl deswegen vom Festplatz ausgeschlossen, während anderen Wirthen der Geschäftsbetrieb gestattet ist.

Von anhaltenden schweren Gewittern wurden die nördlichen Vororte Berlins gestern Nachmittag heimgesucht. Das erste Gewitter zog kurz nach 2 Uhr auf und dauerte über eine Stunde. Der dem Ereigniß voraufgehende Sturm war von elementarer Gewalt und richtete in den Waldungen zwischen Oranienburg bis hinauf nach Hermsdorf bedeutenden Schaden an. Der wolkenbruchartige Regen überfluthete die Straßen der Vororte und die Chausseen und riß in Feldern und Wegen bedeutende Furchen. Bei Stolpe verursachten die niederstürzenden Wassermassen einen Bergsturz im Kleinen. Ein hoher Sandhügel, von dem gelegentlich der Vornahme von Bauarbeiten ein Theil abgestoßen war, stürzte in sich zusammen. Die elektrischen Entladungen haben wenigstens in der Nähe von Berlin Schaden nicht verursacht. Zwei etwas weniger heftige Gewitter folgten dann um 4 Uhr nachmittags und von 6—7 Uhr abends. Als bemerkenswerthe Erscheinung ist zu verzeichnen, daß innerhalb des Weichbildes Berlins von den elektrischen Entladungen trotz der Nähe des Gewitters nichts bemerkt worden ist. Selbst in dem Stadt-Fernsprechbetriebe wurde von dem Naturereigniß nichts beobachtet, so daß die Leitungen nicht unterbrochen wurden. Nur im Verkehr nach den nördlichen Vororten wurden Anschlüsse nicht hergestellt.

Spitzbubenfrechheit. In der Nacht zum Montag haben Diebe der Rixdorfer Laubenkolonie einen Besuch abgestattet und fast alle Landfrüchte, die sie dort vorfanden, gestohlen. Außerdem nahmen die Diebe noch Säcke, Kiepen und dergleichen Geräthe mit, in denen sie die gestohlenen Landprodukte fortschafften. Alles, was die Polizei ermittelte, war, daß die Spitzbuben zum Fortschaffen der gestohlenen Gegenstände sich eines Wagens bedient hatten, dessen Spurweite nach den hinterlassenen Eindrücken gemessen wurde. Am Dienstag Vormittag erschien auf dem Hermannplatz zu Rixdorf ein Händler, welcher äußerst billig Obst und Gemüse verkaufte und bei den Hausfrauen reißenden Absatz fand. Eine Frau Schlobitz, welche zu den Bestohlenen gehörte, wollte Gemüse kaufen und sah, bei dem Händler angekommen, eine ihr gehörige Kiepe und Sack auf dem Wagen des Händlers stehen. Schnell machte sie einem Gendarm von ihrer Entdeckung Mittheilung, der, da die Spurweite des Wagens auch mit der auf dem Felde hinterlassenen genau übereinstimmte, zur Verhaftung des Händlers schritt. Nach längerem Leugnen räumte der Mann, welcher angiebt, Mendinger zu heißen, ein, daß er mit drei Komplizen die Waare gestohlen habe. In später Abendstunde gelang es dann auch, die anderen drei Spitzbuben hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Spandau. Wegen „unerlaubten Kollektirens" ist gegen den Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins hierselbst Anklage erhoben; dieses Vergehen wird von der Anklagebehörde darin erblickt, daß gelegentlich der Maifeier vom Festkomitee an stelle der ausverkauften Mai-Abzeichen, Marken à 20 Pf., als Eintrittsausweis verkauft wurden. Uns scheint die Anklage schon aus rechtlichen Gründen haltlos zu sein.

Nicht mehr und nicht minder als 8 Anklagen wegen Streikvergehens werden am 10. August cr. vor dem Spandauer Schöffengericht gegen streikende Zimmerer verhandelt werden; der Kautschukparagraph spielt hierbei auch wieder eine Rolle.

Versammlungen.

Die Möbelpolirer der Filiale Rixdorf hielten am Montag, den 1. d. M. ihre regelmäßige Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand „Die Arbeitslosen-Unterstützung und welchen Nutzen bietet dieselbe unserer Organisation". Nach der Einleitung des Kollegen Händel entspann sich eine rege Diskussion. Folgende Resolution wurde angenommen: In anbetracht, daß eine Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung, eine genaue statistische Feststellung der Perioden der Arbeitslosigkeit in unserem Berufe, sowie genaue Kenntniß aller finanziellen und örtlichen Verhältnisse erforderlich, deshalb ist die Versammlung nicht in der Lage, die Arbeitslosen-Unterstützung augenblicklich für durchführbar zu halten. Zum Schluß wurde noch auf die mißlichen Zustände in der Fabrik von Spiegel, Thomasstraße, aufmerksam gemacht.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, d. 7. August, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn E. Vogtherr: „Göttliche Autorität". Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein Stralsund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstraße 35/36: Vortrag. Herren als Gäste willkommen.

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung. Die Mitglieder werden auf § 3 des Status aufmerksam gemacht.

Arbeiter-Stenographenverein „Stolze". Einigungssystem, tagt jetzt im „Louisenstädtischen Klubhaus", Annenstr. 16, jeden Dienstag, abends von 8½—11 Uhr. Nähere Auskunft ertheilen: Hans Götte, Brandenburgstraße 18; Otto Mörcke, Müllerstr. 24b, und Otto Spillner, Manteuffelstr. 105.

Schutz den Berliner Arbeiterinnen. Die Gewerbe-Ordnung enthält eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, welche die Arbeiterinnen sowohl wie die jugendlichen Arbeiter gegen die Ausbeutungssucht der Unternehmer schützen sollen. Diese Bestimmungen beziehen sich auf „die Dauer der Arbeitszeit"; „Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend"; „Beschäftigung von Minderjährigen"; „Kündigung und Gründe für Entlassungen"; „Ausstellung von Zeugnissen"; „Strafgelder und andere Lohnabzüge"; „Hygienische und sanitäre Schutzmaßregeln"; „Ungesunde Arbeitsräume"; „Ankleideräume, Waschvorrichtungen und getrennte Aborte"; „Unsittliche Angriffe der Arbeitgeber"; „Beschwerderecht".

Um den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich über die einschlägigen Gesetzes-Vorschriften eingehend informiren zu können, haben die unten genannten Personen sich bereit erklärt, auf diesem Gebiete unentgeltlich Rath zu ertheilen, sowie etwaige Beschwerden über Mißstände in Fabriken und Werkstätten, namentlich aber, wo solche sittlichen und moralischen Charakters bestehen, entgegen zu nehmen.

Den Beschwerdeführenden ist strengste Diskretion gesichert.

Man wende sich in allen vorkommenden Fällen an eine der nachfolgenden Adressen:

Fr. Schneider, Berlin N.O., Höchstestr. 29, I.; Fr. Rohrlack, Berlin N.O., Große Frankfurterstr. 75, Quergeb. III.; Frl. Baader, Berlin N.O., Strausbergerstr. 28, v. IV.; Frl. Haase, Berlin O., Alexanderstr. 15; Fr. Thiede, Berlin S., Urbanstr. 56, III.; Fr. Luz, Berlin S.W., Puttkamerstr. 7; Fr. Bauschke, Berlin N.W., Rathenowerstraße 67, Hof II.; Fr. Mesch, Berlin N., Lychenerstr. 3, IV. Sprechzeit Freitags, abends 7—9 Uhr. Ferner an Rudolf Millarg, Berlin S., Annenstr. 16 (Gewerkschaftsbureau). Täglich, außer Sonntags, vormittags 9—1 und nachmittags 6—8 Uhr.

Vermischtes vom Tage.

— In Kramlau in der Oberlausitz zerstörte ein Feuer vier Gebäude, von denen drei mit Erntevorräthen gefüllt waren. —

— Ein 60 Jahre alter Kanzlist vom Olmützer Bezirksgericht hat sich erschossen, weil er auf sein Gehalt warten mußte. —

y. Dreihundert Schafe verbrannten auf dem Gute Rensow bei Laage in Mecklenburg während eines Feuers, das durch Selbstentzündung der Kleevorräthe entstanden sein soll. —

— Wegen Unterschlagung von Mündelgeldern ist ein Superintendent aus Rochlitz geflüchtet, nachdem er seines Amtes enthoben worden war. —

— Von einem herabfallenden steinernen Zierthürmchen des Danziger Gymnasiums wurde das 32 Jahre alte Fräulein Brandt erschlagen. Der Thurm, ein Ziegelbau, war von der Fahne gelockert und herabgerissen worden. —

— Ein 17 Jahre alter Arbeitsbursche in Danzig stach in der Nacht einen ruhig seines Weges gehenden Matrosen nieder, dann flüchtete er und warf von einem Dach Steine auf seine Verfolger. Ein Stein verletzte einen Schüler schwer. —

— Ein Milchfuhrwerk ist bei Elsdorf in Köthen von einem Personenzuge überfahren worden. Die Pferde wurden getödtet, ein Insasse des Wagens wurde schwer, ein anderer leicht verletzt. —

— Eine „Ochsenmaulsalatbereiterswittwe" theilt in den „Münchener Neuesten Nachrichten" mit, daß sie das Geschäft ihres Mannes nach dessen Tode in unveränderter Weise fortführen wird. —

e. o. Ein italienisches Blatt giebt in allem Ernst den Rath, die Störung durch den Weckruf des Hahnes durch Musik zu beseitigen. Wer also nicht zu ungelegener Zeit geweckt werden will, braucht nur eine halbe Stunde vor Tagesanbruch aufzustehen und ein Musikstück zu spielen! —

— 28 Aerzte sind am Hofhalt des Kaisers von Rußland angestellt, und zwar 1 Leibmedicus, 10 Ehren-Leibmedici, 3 Leibchirurgen, 4 Ehren-Leibchirurgen, 1 Leibaccoucheur und 2 Ehren-Leibaccoucheure, 2 Leiboculisten, 1 Leibpädiater, 1 Ehren-Leibpädiater, 2 Ehren-Hofmedici und 1 Ehren-Dentist. —

In dem Feuilleton „Die Legitimen" muß es nicht die hannöverische sondern die preußische Königsfamilie heißen. Die „Prinzessin von Ahlden" war die Großmutter Friedrich des Großen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

L9. II. Die Buchhandlung Vorwärts, Beuthstraße 2, wird Ihnen das Buch auf Wunsch besorgen.

E. L. 12. 1. Nein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Nein. 5. Sofort. — **Zwei Wettende 1898.** 1. Die Verjährungszeit einer Forderung für nicht zum Wetterverkauf verkauften Sachen beträgt zwei Jahre vom Ausgang des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist. 2. u. 3. Er soll zahlen. — **H. P. J. 36.** Nach zutreffender Ansicht ist ein Arbeitgeber bei Zeitlohn nicht berechtigt, wegen kurzer Krankheit etwas vom Lohn abzuziehen, das ist für Handlungsgehilfen ausdrücklich seit dem 1. Januar 1898 festgelegt. Für alle anderen Arbeiter tritt vom 1. Januar 1900 ab die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches in Kraft, nach der der Arbeitgeber das Krankengeld abzuziehen berechtigt ist. Dasselbe trifft nach zutreffender Ansicht im Gebiete des allgemeinen Landrechts schon heute zu. — **Wo.** Sie leben außer Gütergemeinschaft. — **Paula 3.** Eine Polizeiverordnung, die dem schwachen Geschlecht verbietet, Mannskleidung zu tragen, besteht für Berlin und Umgegend nicht, wohl auch für keinen anderen Ort des preußischen Gebiets. Sie wäre auch ungiltig, da solche Kleidung weder die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung stört, noch in solcher Kleidung mit Recht eine „dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehende Gefahr" erblickt werden könnte. Dadurch wird aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der so viel gekniffte und gepuffte Paragraphus 360 Nummer 11 — genannt grober Unfugparagraph — im Einzelfall vor das Tribunal gegen Frauen, die die Hosen anhaben, geschleppt wird. Der arme überarbeitete Kerl nimmt an allem Aergernis und kann sich sogar auf die Bibel (5 Moses, Kapitel 22, Vers 5) berufen. Freilich berechtigtes Aergernis sollte er nur an Menschen nehmen, denen das Herz in die Hosen fällt; und dies Naturwunder geschieht bei Menschen in und ohne allerlei Kleidung. — **K. 5.** Nein, dann würden Sie sich der Unterschlagung schuldig machen. Sie können nur Ihre Forderung auskagen und können dann ev. das Pfand durch einen Gerichtsvollzieher pfänden lassen. — **G. L.** Keineswegs entbindet der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte von der Verpflichtung Steuern zu zahlen.

Witterungsübersicht vom 5. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	764	W		heiter	15	Haparanda	749	Still	—	bedeckt	14
Hamburg	764	WSW	2	hlb. bed.	14	Petersburg	758	SSO	1	Dunst	18
Berlin	766	W		heiter	16	Cork	759	WSW	6	Regen	17
Wiesbaden	768	NW	2	hlb. bed.	14	Aberdeen	755	SW	1	bedeckt	11
München	770	W	4	bedeckt	15	Paris	768	SSO	1	hlb. bed.	15
Wien	765	NW	4	wolkenl	18						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. August 1898.

Wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolkig, bei mäßigen südwestlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 6. August.

Neues Opern-Theater (Kroll). Der Waffenschmied. Orientalisches Tanzbild. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3½ Uhr: Hänsel und Gretel. Die Puppenfee.

Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.

Residenz. Momentaufnahmen. Vorher: Der Retter. Anfang 7½ Uhr.

Neues. Der Unterpräfekt. Vorher: Im Negligé. Anfang 7½ Uhr.

Westen. Der Freischütz. Anfang 7½ Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Dieselbe Vorstellung.

Ostend. Kean, oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Der Todtschläger. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.
34. Reichenbergerstraße 34.
Eröffnung der III. Saison.
Donnerstag, 18. August:
Zum 1. Male:
Seine Puppe.
Großes Volksstück mit Gesang in 3 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönau. Musik von Fritz Krause.
Die neuen Dekorationen: Villa am Wannsee und Bremerhaven sind aus den Ateliers von Franz Schulz, die Nationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Flothow.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zyklus beliebter Volksschauspiele.
Kean oder Genie und Leidenschaft.
Schauspiel in 5 Akten, frei nach dem Französischen des Alex. Dumas von L. Barnay.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts, auch die bereits ausgegebenen, haben Giltigkeit.
Sonntag: Kean. Montag: Deborah.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Sommer-Fest.
Neues Programm! Grabow, Tanzkomiker. Deta Waldau, Bravour-Soubrette. The two Terras. Geschw. Patram. Fantoche-Theater. Jörgensen, Mimiker. — Anfang 5½ Uhr. Passepartouts haben Giltigkeit.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Chausseestr. 25/26.
Nachmittags 4 Uhr:
Gesammt-Gastspiel der Schauspieler-Gesellschaft
Die Liliputaner
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Zwei Tage Millionär.
Kinder zahlen Nachmittags die Hälfte.
Abends 8 Uhr: 18. Gesammt-Gastspiel der Schauspieler-Gesellschaft
Die Liliputaner
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Zwei Tage Millionär.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorverkauf täglich von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.
Vorzugsbillets giltig.
Morgen, Sonntag, nachm. 4 Uhr, und abends 8 Uhr: Dieselbe Vorstellung.
Kinder zahlen Nachmittags die Hälfte.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
CARL HAGENBECK'S INDIEN
Sonntag, den 7. August: Grosser Volkstag!!
Entrée bis 12 Uhr mittags 25 Pf. 12 Uhr mittags: Gr. Extra-Gala-Schaustellung i. d. Riesen-Arena.
Nachmittags ab 12 Uhr:
Wiederholung des Grossen Jahrmarkts-Festes!
Ab 12 Uhr Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.
Drei gr. Arena-Schaustellungen um 4, 6, 8 Uhr; in letzterer eine Brahminen-Hochzeit mit Illumination der Arena u. Bengalfeuer.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppelkonzert.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenheide 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Alma und Hans Bellini. Mlle. Dumont, Serpentin-Tänzerin. The Mezetto's. Karl Gursch, Tanzkomiker. Paul Frey, Humorist. Franziska Wünsch, Operettensängerin. — Neu! Das Gänsegretel. Volksstück in 2 Bildern von Johannes Eißner. — Neu! Karoline. Schwank in 1 Akt von Ely.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
55612* Karl Mittag, Oekonom.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. **Schweizer Garten.** Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3—6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Entree 30 Pf.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten.
Berg-Trio, türkisch-gymnastisches Potpourri. The 3 Forleys, chinesische Excentrics. Gebr. Millardo, Groteskque-Duettisten. Elly Viola, Kostümsoubr. Mr. Ranella, Kautschukmensch. Max Theo, Handequilibrist. Jan and Jim, Knockeboutš. Morleys, Fata Morgana.
Ballet. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Eine Verlobung beim Frühschoppen.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Passage-Panopticum.
Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu! Alpenglühen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Berlin, wie's lebt und liebt.
Posse mit Gesang in 5 Bildern von R. Linderer u. J. Seitz.
Musik von Hübner-Trams.
Vorher:
Theodora.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Auftreten von Spezialitäten.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Castan's Panopticum.
Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Ostbahn-Park.
Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Conrad Tack & Cie.
Deutschlands bedeutende Schuhfabriken
Burg bei Magdeburg.
Wir unterhalten in **Berlin** folgende **Verkaufsstellen** unter **eigener Firma:**

O. Andreasstr. 50.	C. Rosenthalerstr. 14.
SW. Friedrichstr. 240/41.	C. Spittelmarkt 15.
S. Oranienstr. 65.	NW. Thurmstr. 37.
W. Potsdamerstr. 57/58.	NW. Wilsnackerstr. 22.

Weltbekannt durch außerordentliche Haltbarkeit, durch vorzügliche Paßform, durch unerreicht billige feste Preise, durch unübertroffene Leistungen auf dem Gebiete der Schuhindustrie.
Conrad Tack & Cie.

Apollo-Theater.
Don Juan in der Hölle.
Ferner Auftreten von: Else und Lucie, Georg Schindler, Geschw. Halász, Mr. Zerto, Felicitas-Terzett, The 3 Francy's, Kosmograph, The Arbras.
Vor der Vorstellung: Gr. Garten-Konzert. Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes Programm!

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl: Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papiermützen u. s. w., sowie Verloosungs-Gegenstände. Händler u. Vereine erhalten die billigsten Engrospreise. 55392*
S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Neues Programm!
Familie Trapnell!
Francis Wilton!
Ferner „Punch", das sprechende Pferd
und außerdem täglich um 9½ Uhr:
Berlin auf Stelzen!
von W. Agoston und K. Wilhelm.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorzugskarten giltig.
Bei ungünstiger Witterung im großen Theatersaal.

Puhlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
Burleske in 2 Bildern v. Victor Roeder.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Anf. d. Konz. 4½, d. Vorst. 5½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Apollo-Theater-Garten Rixdorf
Hermann-Strasse 48—50.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Gr. Spezialität.-Vorstellung
Auftreten berühmter Künstler.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
Im Saale: Großer Ball.

Restaurant „Grüne Trift"
von Wilhelm Zeidler, Cöpenick, Müggelheimerstr. 29. Neues Lokal.
Empfehle mein Weiß- u. Bairisch-Bierlokal, Garten u. Ausspannung bei Ausflügen nach den Müggelbergen, Müggelschloß, Strandschloß u. s. w., da noch zur nächsten Restauration dreiviertel Stunde Weg ist. 5450L*

Wirthshaus zum Goldenen Stern, Adlershof, Bismarckstr. 16.
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen bei freiem Entree. 55388
Gr. Garten mit Sommerbühne.
Angenehmer Familienaufenthalt.
Tel. No. 30. Paul Schmauser.

Restaurant Linden-Garten.
Köpenick, Grünauerstr. 7.
Gr. Saal. Garten. Kaffeeküche.
Frühst.-Mitt.- u. Abendtisch. C. Boldt.

Gasthof zu den drei Linden
Cöpenick, Grünauerstr. 16.
Garten, Kaffeeküche, Ausspannung
46648*] Hermann Görlcke.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: Ball.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Empfehle meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Müggesee,
Teufelssee, Müggelberge,
Marienlust, a. d. Dahme,
zwischen Grünau und Friedrichshagen,
bei Fußpartien über die Müggelberge. 47242*
C. Streichhan,
Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

Restaurant zur Erholung.
Köpenick, Kaulsdorferstrasse.
Gr. Frühstückstisch. Fam. rois.

Rest. Pferdebucht b. Cöpenick, mitt. t. Laubwald, gr. Spielpl., Turngeräthe. W. Magdeburg.

Dorf Rüdersdorf!
Bringe mein Lokal nebst schattigem Garten in Erinnerung. Von Eisenbahnstation 15 Minuten entfernt. Küche vorzüglich. Mein Saal faßt 450 Personen. 2945
Robert Zabemack, Schützenhaus.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.
Jede Uhr
repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pince-nez.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Straße 35.

Brauerei Pichelsdorf

bei Spandau.

Verbindung von Spandau: Elektr. Bahn und Dampfer.

Sonntag, den 7. August 1898:

Grosses Sänger-Fest

arrangirt vom

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sänger-Festzug 200 Gesangvereine. **Volksbelustigung aller Art.**

Massen-Gesänge 4 Musik-Kapellen. **Grosser Tanz.**

Bei eintretender Dunkelheit elektr. Beleuchtung des ganzen Etablissements.

4 große Kaffeeküchen stehen den verehrten Damen von früh 7 Uhr ab zur Verfügung.

Anfang des Konzerts 8 Uhr früh, des Gesangs 3 Uhr nachmittags. Billets à 20 Pfennig.

Programme — Liedertexte — an der Kontrolle. Fahrplan für Berlin-Spandau siehe Rückseite des Billets.

Billets sind bei folgenden Vorstandsmitgliedern zu haben: **Ad. Neumann**, Restaurateur, Brunnenstraße 150; **Otto Rasche**, Zigarrengesch., Wrangelstr. 11; **Rob. Meyer**, Blumengesch., Mariannenstr. 2; **Ad. Hübner**, Wilhelmstraße 134, H. I, sowie bei sämmtlichen Vereinen resp. Mitgliedern des Bundes. 10/16

C. Joël's Victoria-Garten

Köpniker Landstrasse am Treptower Park. 4661Q*

Empfehle meinen großen Saal den geehrten Vereinen auch zu Winterfestlichkeiten.

Telephon-Amt IV 2724. **C. Joël, früher Andreasstr. 21.**

Achtung, 6. Wahlkreis!

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser altbewährter Genosse

Georg Schmitz

nach langen Leiden im 41. Lebensjahre am 4. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. M., vorm. 10 Uhr vom Trauerhause Beusselstr. 69 aus nach dem St. Paulus-Kirchhof, Reinickendorf, statt. Um rege Betheiligung ersucht **Der Vertrauensmann Moabits.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser altes und treues Mitglied, der Schankwirth 247/9

Georg Schmitz

nach langen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. August, vorm. 10 Uhr, vom Trauerhause Beusselstr. 69 nach d. St. Paulus-Kirchhof, Reinickendorf, statt.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler 2c.
(Oertliche Verwaltung Berlin A.)

Montag, den 8. August, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Roll, Adalbertstr. 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 2. Quartal 1898. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
181/11 **Die Ortsverwaltung.**

Die Mitglieder der 2965

„Freien Volksbühne"

zahlen Sonntag-Nachmittag 4 Uhr zur Aufführung von Schiller's „Räuber" für Logen und Fauteuils 50 Pf.

Die Direktion des Thalia-Theaters.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".

Sonntag, d. 7. August, **Tour nach Strausberg**. Abfahrt früh 8 Uhr vom Landsbergerthor.

NB. Billets zum Stiftungsfest sind in allen Filial-Versammlungen zu haben. Donnerstag, den 11. August: Versammlung der Filiale „Nord" im Rabe's Salon, Kolbergerstr. 23.

Oesterreicher!

Wo treffen wir uns? 5712Q*
Im Glühlichterl, Brandenburgstr. 54. „Wiener Arbeiterzeitung" „Glühlichterl" liegen aus. Speisen u. Getränke zu civilen Preisen.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke**, gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13**, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Kinderwagen Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, Kinder-Holzmöbel. Sämmtliche Korbwaaren. **Theilzahlung nach Uebereinkunft. Brunnenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbrunnen. Telephon III, 1767.

Achtung!

Da das Sängerfest ist vor der Thür, Sorgt auch der alte Freund für Bier, Es soll bei ihm ja keiner darben,
Auch der Magen soll sich laben. Drum soll ein jeder, ob groß, ob klein, Auf **Pichelswerder** willkommen sein.

Der alte Freund.

Dampfer fährt den ganzen Tag vom Festplatz zu mir und zurück à Perf. 5 Pf.

Zu Ausflügen, Sommerfesten u. s. w. empfiehlt sich **Brauerei Pichelsdorf.** Oekonom: **Otto Starck.**

Jägerhaus Schönhauser Allee No. 103.

Neu renov. Garten (6000 Personen fassend) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal. 4 neu renovirte Kegelbahnen. —

Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.

Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet. 5397L*

Neu eröffnet! Altes Schützenhaus. Neu eröffnet!

Linienstraße 5.

Sonntag, den 7. August: **Grosser Ball.**

Grünau.

Wilhelmstr. 9. G. Lindenhayn. Friedrichstr. 2.

Sonntag, den 7. August 1898:

Grosses Instrumental-Konzert u. Tanzkränzchen.

Zum Besten der Familie des über 1 Jahr kranken Klavierarbeiters Walter, Berlin, Oppelnerstr. 37.

Entree 10 Pf. **Stier, Reichenbergerstr. 135.**

Für nur 7 Mark

versenden wir per Nachnahme per Stück von unsern weltberühmten **Flobert Teschings** (knallose Vogelflinte) zu dem so sehr beliebten Spatzen- und Scheibenschießen. Nußholzschaft, Backenschäftung, Sicherheitsverschluß, Patronenauswerfer, gerippter Lauf, feststehend, ca. 80 cm lang, Cal. 6 mm, ca. 50 Meter Kernschuß. E*

Dasselbe Tesching, glatter Lauf zum Klappen und Cal. 9 mm **nur 9 Mark.** Auf eigenem Schießstande eingeschossen, daher **Garantie** für gute Arbeit und präzisen Schuß. 100 Kugelpatronen 6 mm 60 Pf., 9 mm Mk. 1,75 Pf. 100 Schrotpatronen 6 mm Mk. 1,75 Pf., 9 mm Mk. 2,50 Pf. Kiste und Porto Mk. 1,30 Pf. Umtausch gestattet. Billigste und reelle Bezugsquelle sämmtlicher Schußwaffen, Fahrräder und Musikinstrumente

Wilh. Müchler Söhne, Neuenrade No. 38 (Westf.)

Waffen- und Musikinstrumentenfabrik. Fahrrad-Werke.

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 4659L*

Otto Gerholdt,

2 Dresdenerstr. 2. Ecke Skalitzerstraße.

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen 2c.

liefere ich: 5721Q*
40/2 Fl. Export-Weißbier f. M. 3,—
ohne Wasserzusatz.
40 Flaschen helles Lagerbier für M. 3,—, (von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umsonst.

A. Seidler,

Berliner Export-Weißbier-Brauerei.

Schöneberg-Berlin, W., Sedanstrasse No. 82.

Herren-Filzhüte, alle Farben, 1 M.

nur neue moderne Sachen. [5076L*
Prima Qualität 1,50 und 2,—.
Die beliebten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**

Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Piston-, Cello-, Klavier- u. Violinunterricht 4 Std. 1,50, f. Vorgeschrittene 3 M. Oranienstr. 118, I.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Reisekoffer, Operngläser spottb. Pfandleihe, Neanderstr. 6.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Montag, den 8. August, abends 8 Uhr:

Ordentl. General-Versammlung

in der „Tonhalle", Friedrichstr. 112.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung. 3. Antrag der Ortsverwaltung in bezug auf die Bibliothek. 4. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung!

Kollegen! Bei der zu erwartenden starken Betheiligung unserer Mitglieder bedarf es eines großen Lokales; ein anderes, als das oben bezeichnete, stand uns nicht zur Verfügung. Die Fahrgelegenheit ist nach allen Richtungen günstig, es ist jedem das Erscheinen möglich.

Wir erwarten, daß alle Mitglieder pünktlich zur Versammlung erscheinen; wenn jeder sich dessen befleißigt, kann zur festgesetzten Zeit begonnen werden. Zur Verhandlung gelangen wichtige Angelegenheiten. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. 113/1 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Montag, den 8. August cr., abends 8½ Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: **„Der Kampf ums Dasein in der Gedankenwelt".** 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Bevollmächtigte.**

NB. Es wird dringend ersucht, mit den Billets vom Sommerfest baldigst abzurechnen. [24/19

Verband der Möbelpolirer.

Sonnabend, abends 8½ Uhr, in Weissensee, Mölkestr. 20:

Versammlung.

146/17

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Reuter über: Arbeitslosenunterstützung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Montag, 8. August, abends 8½ Uhr, Brunnenstr. 150:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wurm über: Erkrankung und Verletzung an den Augen, mit Demonstrationen an künstlichen Modellen. 2. Bericht über die Lohndifferenzen bei Peters, Prinzenstr. 86. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zahlst. Berlin I.

Sonntag, den 7. August, vormittags 10½ Uhr, in Stabernack's Vereinshaus, Inselstr. 10 II:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die letzten Konferenzbeschlüsse. 2. Wahl eines Revisors. 3. Verbandsangelegenheiten. — Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen.
32/15] **Die Ortsverwaltung.**

Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Berlins u. Umg.

Sonntag, den 7. August cr., nachmittags 5 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 19/20.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die wirthschaftlichen Umwälzungen und Entwickelungen der Gewerkschaften. Referent: Genosse **Paul Litfin.** 2. Diskussion 3. Aufstellung eines Kandidaten zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen. 4. Verschiedenes.
138/13 **Der Einberufer.**

Schöneberg.

Arbeiter-Bildungsverein.

Montag, den 8. August, abends 8½ Uhr, im Klubhause, Hauptstr. 5—6:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **G. Ledebour** über: **„Was will die Sozialdemokratie und was ist die Aufgabe ihrer Organisation?"** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 15/12

Gäste willkommen. Neue Aufnahmen werden entgegengenommen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Rixdorf.

Sozialdemokr. Verein „Vorwärts" zu Rixdorf.

Dienstag, den 9. August 1898, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Gröpler's Salon, Bergstraße 147.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Grempe** über: Kolonialpolitik. 2. Diskussion. 3. Fragekasten und Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet
282/8 **Der Vorstand.**

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.

Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner 5513L*

Teppiche!
Gardinen!
Portièren!
Steppdecken!
Tischdecken!

zu **sehr billigen Preisen** zum

Ausverkauf!

Möbeltischlerei und Lager complet **Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt,** Tischlermstr.

Skalitzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. **Allein-Verkauf** für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen echtfarbig gedruckt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Kappnähte, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Leder-Pilot-Taschen, ein hohes bequemes Gesäß, richtig weit gearbeitete Schenkeltheile verleihen der Hose die größten Vorzüge. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reihen der angenähten Bundtheile ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind fest angenietet, nicht angenäht, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von

Bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Versandt nach auswärts von 20 Mk. an franko. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundweite und der inneren Schrittlänge.

Baer Sohn

Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 16.

Herren- und Knaben- Hüte!

unbedingt am reellsten und billigsten in Klietmann's Fbrkfg., Mariannenstr. 33 p.

Strohhüte jetzt spottbillig!

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.

Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. **Große Hamburgerstr. 20. I.**

Schönheit

zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Crême-Benzoës". Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch **Reichel,** Spec., Berlin, Eisenbahnstrasse 4. [5420L*

Mühlenstraße 8, a. d. Oberbaumbrücke, 5 Min. von Station **Warschauerstraße,** sind v. **1. Oktober frdl. Hofwohnungen** v. 1 u. 2 Stuben nebst **allem Zubehör v. 72—94 Thaler** zu vermiethen. 5463Q*

Näheres daselbst beim **Verwalter.**

Arbeitsmarkt.

Junger s. gebild. Sozialist **sucht** Stellung i. d. **Redaktion** (Schweiz bevorz.) einer Arbeiterzeitung oder ev. **Mitarbeiterschaft.** — Off. unt. **C. 5** a. d. Exped. d. Ztg. 2955

Tüchtige Gesellen auf Küchenmöbel werden verlangt Weißensee, Heinersdorfer Weg 3. 2935

Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Rummelsburg, Prinz Albertstr. 5a, im Zigarrengeschäft.

Tücht. Stahlgraveure

für Silberwaaren bei hohem Lohn u. für dauernd gesucht. Off. unter **B. 5** Expedition d. Bl. 5724Q*

Lithogr.-Maschinenmeister per sofort und später für unsere Filialfabrik Brandenburg a. H. gesucht. Offerten erbitten schriftlich an unsere Adresse in Brandenburg a. H., Beutholstr. 31 oder mündlich bei Kunstdruck Kaufmann, Berlin, Friedrichstraße 122/3. 2916

Cartonarbeiterinnen in und außer dem Hause verlangt **W. Plaut,** Blumenstr. 74. *

Posamentier!

Ein gebildetes Mädchen, rasch und tüchtig, zu Posamentierarbeit, erhält sofort einen guten und dauernden Platz in einem kleineren Geschäft in **Kopenhagen** bei **Chr. H. Gerlachs Nachfolg., Grönnegade 9.**

Einsetzer werden verlangt Wollinerstr. 27a bei Kussin. 3006

Tüchtige Röckarbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung bei **Victor,** Immanuelkirchstr. 8. (Königstor.)

Plätterinnen auf geschweifte Umlegekragen und Manschetten in und außer dem Hause verl. **M. Treppe.** Schönhauser Allee 107a. (Fabrikgeb.) *

Geübte Stuhlflechterinnen verl. Krohn, Alexandrinenstr. 79. 3025

Möbelpolirer.

Bei Peters, Prinzenstr. 86, sind **Lohndifferenzen ausgebrochen. Um Zuzug fernzuhalten ersucht d. Vorstand d. Verbandes.**

Leistenbelegerinnen sofort verlangt Goldleistenfabrik Büschingstr. 4. [2775

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.